

Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 13,12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-13.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 14:

.) Uranabbau - Brasiliens riskante Pläne:

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/brasilien-uranabbau-101.html>

Im Zuge des Ukraine-Kriegs genehmigt Brasiliens Regierung den massiven Abbau von Uran. Was für Präsident Bolsonaro strategische Bedeutung hat, bedroht die Existenz familiärer Kleinbauern. Wenn Joselene Sena und Antonio da Silva in Richtung der steilen grünen Berge schauen, die sich hinter ihrem Heimatort Lagoa do Mato erheben, wird ihnen klamm ums Herz. Denn bald schon soll dort eine gigantische Uran-Mine entstehen. Brasiliens Umweltbehörde hat dafür vor wenigen Wochen grünes Licht gegeben.

.) Energiesicherheit in Deutschland - Comeback der Atomkraft? :

<https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-energiesicherheit-in-deutschland-atom-100.html> -

Deutschland will und muss sich unabhängig von russischem Gas machen. Zeitgleich ist der Atomausstieg Ende 2022 beschlossene Sache.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Veränderung der Energiedebatte in ganz Europa – und in Deutschland taucht die Frage auf, die eigentlich niemand mehr zu stellen wagte: Sollten die Laufzeiten der aktiven Atomkraftwerke doch verlängert werden?

Unabhängig von Befürwortern und Gegnern der Atomkraft: Wäre das überhaupt realistisch? Technisch sei eine Verlängerung möglich, so die Technikhistorikerin Anna

Veronika Wendland. Es fehle vor allem der Mut der Politik. Auch ausreichend Personal zu finden, sei kein unüberwindbares Problem, so der Physiker Ulrich Waas, der von 2005 bis 2021 in der Reaktor-Sicherheitskommission saß.

Kernkraftgegner hingegen argumentieren sowohl mit der finanziellen Herausforderung, die eine Verlängerung der Laufzeiten mit sich bringen würde, als auch mit Sicherheitsrisiken. Doch was wäre der wahre Preis der Verlängerung der Laufzeiten?

.) 100% Pro-Atom-Sendung! : Boah, was für eine grotten schlechte Sendung!! 100% Pro-Atom. Alles wurde relativiert oder als "Emotion der Bevölkerung" verlächerlicht. Und zum Schluß war sogar der Atommüll gar kein Problem mehr.....

Naja, kein Wunder wenn man auch so schlecht ausgewogen die Interviewpartner auswählt: 6 Atombefürworter gegen 1 Atomkritiker....

(übrigens, die Technik-Ethikerin wurde sogar nach der Fukushima-Katastrophe von einer "Neutralen" zu einer Atomkraftbefürworterin ...HÄÄ?!)

Die Propaganda läuft...

.) SUCHE NACH EINEM LAGER FÜR HOCHRADIOAKTIVE ABFÄLLE :

<https://www.loccum.de/tagungen/2226/> - Eine möglichst breite Öffentlichkeit soll die gesamte Suche in beiden Ländern engmaschig begleiten. Trotz der Unterschiede zwischen den Verfahren gibt es identische Fragen und Herausforderungen. Wie können sich Bürgerinnen und Bürger organisieren, dem wissenschaftsbasierten Prozess folgen und sich einbringen? Was lässt sich voneinander lernen? Was wissen wir überhaupt voneinander? Die Veranstaltung will der Zivilgesellschaft aus der Schweiz und aus Deutschland ein Forum für einen Austausch bieten.

Ihre Gesundheit ist uns wichtig. Bitte beachten Sie daher [die aktuellen Hygienevorschriften](#) der Ev. Akademie Loccum. Vielen Dank.

.) Ukraine meldet hohe Verluste : <https://taz.de/-Nachrichten-im-Ukrainekrieg-!/5856223/> - Präsident Wolodimir Selenski räumt hohe Verluste in der Ostukraine ein.

Das ukrainische Militär schaut mit Sorge auf die Grenze zu Belarus.

Die ehemalige Sowjetrepublik Belarus, die sich bislang nicht aktiv am russisch-ukrainischen Krieg beteiligt hat, zieht nach Angaben aus Kiew Streitkräfte an der Grenze zusammen. „Die belarussischen Streitkräfte führen verstärkt Aufklärung durch und haben zusätzliche Einheiten im Grenzbereich aufgestellt“, teilte der ukrainische Generalstab in seinem Lagebericht am Montag mit. Demnach bleibe die Gefahr von Raketen- und Luftangriffen auf die Ukraine von belarussischem Gebiet aus erhalten.

Der [belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko](#) hat sich nicht mit eigenen Truppen an dem Ende Februar von [Russland](#) begonnenen Krieg gegen die Ukraine beteiligt. Allerdings durften russische Truppen das Land als Aufmarschgebiet für den Angriff nutzen. Kiew sieht daher Minsk nicht als neutral an und befürchtet potenziell ein Eingreifen belarussischer Soldaten aufseiten Russlands in den Konflikt. Lukaschenko, der am Montag in Sotschi Russlands Präsident [Wladimir Putin](#) trifft, hat derartige Absichten stets dementiert.

Bei den Kämpfen in der Ostukraine selbst gibt es nach Angaben des Generalstabs wenig Veränderungen: Im Norden von Charkiw versuchen die Russen ihre Positionen zu verteidigen, weiter südlich bereiten sie demnach eine neue Offensive gegen die Großstadt Slowjansk vor. Beim Versuch, die Ortschaft Dowgenke westlich der strategisch wichtigen Straße zwischen Isjum und Slowjansk einzunehmen, sei das russische Militär aber zurückgeschlagen worden.

Nach ukrainischen Angaben ebenfalls erfolglos verliefen in der Nacht die Angriffe Richtung Sjewjerodonezk und Bachmut. Im Raum Awdijiwka, Kurachowe, Nowopawliwka und Richtung Saporischschja seien die Kampfhandlungen abgeflaut, sagte der Sprecher des Generalstabs, Olexandr Stupun. Insgesamt elf Attacken des Feindes seien abgewehrt worden. Wegen der hohen Verluste müsse Russland inzwischen die ausgemusterten T-62-Panzer wieder aktivieren, um Reserveeinheiten auszurüsten. Die Angaben konnten nicht unabhängig überprüft werden.

.) Tschernobyl im Ukraine-Krieg : <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/tschernobyl-ukraine-krieg-video-100.html> -

Es macht einen fassungslos welche militärische Stellungen da gebuddelt wurden in höchst belasteten Gebieten, da dürften viele russische Soldaten verstrahlt worden sein.

Fünf Wochen lang hatten russische Soldaten das stillgelegte AKW besetzt. Viele von ihnen wussten offenbar nicht, dass die Sperrzone immer noch hochgradig verseucht ist.

.) Ukrainische Partisanen schlagen gegen die russischen Invasoren zurück - Nahe vom AKW Saporischschja :

<https://www.welt.de/politik/ausland/article238924189/Krieg-gegen-die-Ukraine-Ukrainische-Partisanen-schlagen-gegen-die-russischen-Invasoren-zurueck.html> -

Der von Moskau eingesetzte Bürgermeister der südukrainischen Stadt Enerhodar ist bei einer Explosion verwundet worden. Er habe die Bestätigung, dass der pro-russische Bürgermeister Andrej „Schewtschik und seine Leibwächter bei der

Explosion verletzt wurden“, erklärte Dmytro Orlow, der gewählte ukrainische Bürgermeister von Enerhodar, am Sonntag auf Telegram. Sie befänden sich „mit unterschiedlich schweren Verletzungen“ im Krankenhaus. Sonst sei niemand verletzt worden.

Enerhodar liegt in der Nähe von Saporischschja und ist Standort des größten Atomkraftwerks Europas. Russische Truppen hatten dort Ende Februar die Kontrolle übernommen. Das auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses Dnepr und einige Kilometer nördlich gelegenen AKW Saporischschja wird nach wie vor von der Ukraine gehalten.

In Melitopol sollen Partisanen vor wenigen Tagen einen Panzerzug der russischen Besatzer gesprengt haben.

Aber auch aus Russland selbst gibt es immer wieder Berichte über Anschläge und mysteriöse Explosionen. So brach erst am 21. Mai. im Zentralen Aerohydrodynamischen Institut in Schukoswki bei Moskau ein Feuer aus. Eine Woche zuvor gab es Anschläge auf drei Rekrutierungsbüros der russischen Armee, und aus diversen Städten wurden zuletzt immer wieder Brände und Explosionen in Regierungsgebäuden gemeldet.

.) Ukraine-Krieg: Uranabbau - Brasiliens riskante Pläne :

<https://www.amerika21.de/2022/03/257290/brasilien-bergbau-indigenes-land> - Zusätzliche Informationen & Details zu Brasilien's Uranbergbau-Pläne:

<http://www.wise-uranium.org/upsam.html#BR>

- runterscrollen bis

Itataia phosphate/uranium mine project, Santa Quitéria (Ceará)

(auf WISE Uranium Project sind auch immer aktuelle updates zu finden.

Darüberhinaus soll damit auch der Zugang zu Indigenem Land 'eröffnet' werden, siehe Link oben.

Konzerne erhalten Zugriff auf indigenes Land in Brasilien

Neues Gesetz erlaubt Bergbau und Wasserkraft in indigenen Territorien. Ukraine-Krieg als Vorwand für beschleunigtes Verfahren. Massive Proteste gegen Raub indigenen Landes und drohende Umweltzerstörung

Von [Ulrike Bickel](#)

Brasília. Die Abgeordnetenkammer in Brasilien hat trotz massiver Proteste die dringliche Behandlung des umstrittenen Gesetzentwurfs PL 191/2020 [gebilligt](#), der den Bergbau auf indigenem Land erlauben soll.

Mit dem Gesetz sollen Teile der Verfassung neu geregelt werden, um die Bedingungen für die Erforschung und Ausbeutung von Erdöl-, Gas- und Kohlenvorkommen sowie für die Nutzung von Wasserressourcen zur Stromerzeugung auf indigenem Land [festzulegen](#).

Der von Präsident Jair Bolsonaros Regierungspartei eingebrachte Antrag wurde mit 279 Ja- gegen 190 Nein-Stimmen angenommen.

Die "Dringlichkeitsregelung" ermöglicht es, dass der Text ohne die üblichen Bearbeitungsphasen binnen 30 Tagen vom Plenum direkt beschlossen werden kann. Gegen das Gesetz gibt es massive Proteste. Im Plenum prangerten oppositionelle Abgeordnete die gravierenden Auswirkungen des Vorhabens an. Auch kritisierten sie, wie es durchgepeitscht wird, ohne die Ausschüsse zu passieren und noch bevor die Arbeitsgruppen den Vorschlag analysiert hätten.

Im Juni 2021 hatte sogar das Bundesministerium für öffentliche Angelegenheiten das PL 191 als verfassungswidrig bezeichnet.

Vor dem Kongressgebäude in Brasília fand während der Debatte eine große Demonstration statt. Indigene Gemeinschaften, soziale Bewegungen und Gewerkschaften sowie Künstler:innen versammelten sich zu Tausenden zum "Akt für die Erde", um gegen die verschiedenen Gesetzesprojekte zu protestieren, die derzeit im Parlament diskutiert werden.

Sie übergaben Senatspräsident Rodrigo Pacheco ein Manifest, in dem sie die Abschaffung des "Zerstörungspakets" fordern, das die Umwelt und das Überleben der indigenen Völker, der Quilombolas und der Flussbewohner:innen bedrohe.

Dieses Gesetzespaket umfasst neben dem PL 191 weitere Normen, um die Regeln für Umweltlizenzen zu lockern. Zwei weitere Gesetze sollen die Aneignung von öffentlichem Land erleichtern. Das PL 490 soll festlegen, dass eine Demarkierung nur noch erlaubt ist, wenn indigene Gemeinschaften nachweisen können, dass sie das Land bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Bundesverfassung 1988 bewohnten. Hinzu kommt PL 6.299, um das geltende Pestizidgesetz aufzuheben. PL 191/20 gehört zu den Prioritäten der Regierung, die 2022 im Kongress verabschiedet werden sollen. Das Gesetz gibt alle Arten der Ausbeutung auf indigenem Land sowie den Bau von Staudämmen, Landwirtschaft und Viehzucht und Tourismus frei.

Das Vorhaben verstößt laut Kritiker:innen gegen die Verfassung und die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation zum Schutz Indigener Völker, die Brasilien unterzeichnet hat.

In dem Manifest heißt es, dass Indigene und ihr Land seit 522 Jahren vergewaltigt werden, um Erze, Diamanten, Gold und jetzt Kalium zu plündern. Aktuell geschehe dies mit der Ausrede, dass wegen des Ukraine-Kriegs kein Dünger für die Agrarindustrie mehr geliefert werden könne.

Sonia Guajarara von der Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens sagte bei der Übergabe des Manifests, die Indigenen wüssten, dass es im Süden und Südosten des Landes Kali gebe, aber der Bergbau solle legalisiert werden, damit im Amazonasgebiet "weiteres indigenes Land geraubt und Blut vergossen werden kann" Aufgrund der Sanktionen, die gegen die Russische Föderation verhängt wurden, hat

Brasilien derzeit Schwierigkeiten beim Import landwirtschaftlicher Betriebsmittel wie Mineraldünger. Bolsonaro nutze nun den Ukraine-Krieg als Vorwand, um die Dringlichkeit von PL 191 im Parlament durchzusetzen und rasch den Bergbau in indigenen Gebieten zu autorisieren, so das Manifest.

Der Staatschef erklärte, das Gesetz solle Brasiliens Abhängigkeit von Düngemittelimporten aus Ländern wie Russland und Weißrussland beenden, da große Kalivorkommen auf einheimischem Boden vorhanden seien. Er bezeichnete es als "guten Ausweg" aus der Beschaffungskrise, indem indigenes Land "entsprechend den Interessen der einheimischen Bevölkerung" genutzt werden dürfe, um Erze abzubauen, Staudämme und Wasserkraftwerke zu bauen.

Kritiker:innen weisen jedoch darauf hin, dass der Bergbau auf indigenem Land schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit und das Überleben der Gemeinschaften hätte und die Umwelt zerstöre. Die Gemeinden hätten nicht einmal das Recht, gegen Bergbauaktivitäten und den Bau von Wasserkraftwerken Einspruch zu erheben.

Eine von der Bundesuniversität von Minas Gerais durchgeführte Untersuchung belegt zudem, dass die meisten Kalivorkommen außerhalb der indigenen Territorien liegen, im Amazonasbecken finden sich nur elf Prozent der Gesamtmenge. Brasiliens Kaliumchlorid-Vorkommen würden bis zum Jahr 2100 reichen, ohne dass ein Antasten indigener Ländereien notwendig sei, so die Forscher.

Indigene und Umweltorganisationen werfen der Regierung daher vor, die Folgen des Ukraine-Kriegs zu missbrauchen, um ihren Krieg gegen indigene Völker voranzutreiben. Sie prangern auch die Interessen der Bergbaufirmen und der Agrarindustrie an, die noch weiter auf indigenes Land vordringen wollen.

Für die indigene Kunã Yporã (Raquel Tremembé), Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees der CSP-Conlutas und der Nationalen Vereinigung der indigenen Kriegerinnen der Vorfahren, ist die Verabschiedung des Dringlichkeitsprozederes für PL 191 ein Affront: Kritik, Unzufriedenheit und demokratische Proteste gegen diesen einschneidenden und verfassungswidrigen Vorschlag würden ignoriert. Mit einem "Camp zur Befreiung der Erde" vom 4. bis 8. April werde man jedoch weiterhin mobilisiert und organisiert gegen jede Art von Rückschlag bei indigenen Rechten vorgehen.

.) Presse zum Schacht Konrad am 22.05.2022 :

<https://www.news.de/lokales/856288734/polizeimeldungen-aktuell-aus-salzgitter-am-22-05-2022-heute/1/> -

Sternfahrt mit Kundgebung am Schacht Konrad am 22.05.2022

BUND Niedersachsen PM vom 22.05.2022

<https://www.bund-niedersachsen.de/service/presse/detail/news/20-jahre->

[planfeststellungsbeschluss-sternfahrt-und-umzingelung-von-schacht-konrad-demonstration-fuer-die-aufgabe-des-alten-atommuellprojektes/](https://www.evangelisch.de/inhalte/201403/22-05-2022/hunderte-protestieren-gegen-geplantes-endlager-schacht-konrad)

Hunderte protestieren gegen geplantes Endlager Schacht Konrad
Der Bau des Atommüllendlagers Schacht Konrad bleibt umstritten. Hunderte forderten am Sonntag den Stopp des Vorhabens. Dem Protestbündnis gehören neben Bürgerinitiativen auch Gewerkschaften und das Landvolk an:

<https://www.evangelisch.de/inhalte/201403/22-05-2022/hunderte-protestieren-gegen-geplantes-endlager-schacht-konrad>

.) Neue Haltung zur Ukraine: New York Times klingt plötzlich wie Sahara

Wagenknecht : <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/neue-haltung-zur-ukraine-new-york-times-klingt-ploetzlich-wie-sahra-wagenknecht-li.229127> -

Die einflussreichste Zeitung der Welt fordert den US-Präsidenten auf, Selenskyj Grenzen aufzuzeigen. Krieg mit Russland sei nicht in Amerikas Interesse. Das Sturmgeschütz der amerikanischen Liberalen, die New York Times, hat ihre Haltung zum Ukraine-Krieg überraschend geändert.

In dem vor einer Ausweitung des Krieges gewarnt und nach den Zielen Amerikas in der Ukraine gefragt wurde.

Die New York Times forderte US-Präsident Joe Biden in dem Text dazu auf, dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Grenzen westlicher Unterstützung aufzuzeigen. Es könne nicht im Interesse Amerikas sein, in einen langwierigen und kostenreichen Krieg mit Russland hineingezogen zu werden. Die Äußerungen des 1896 gegründeten Editorial Board der New York Times sind auch deshalb so bemerkenswert, weil sie traditionell die Haltung der Ostküstenelite in Grundsatzfragen wiedergibt.

Im März behauptete die New York Times noch das Gegenteil

Im März unterstützte die Times noch die Forderung, dass „egal, wie lange es dauert, die Ukraine frei sein wird. Die Ukraine verdient Unterstützung gegen die unprovokierte Aggression Russlands, und die Vereinigten Staaten müssen ihre Nato-Verbündeten anführen, um Wladimir Putin zu zeigen, dass das atlantische Bündnis bereit und in der Lage ist, seinen revanchistischen Ambitionen zu widerstehen“.

Dieses Ziel wolle man auch jetzt nicht aufgeben, „doch liegt es nicht in Amerikas Interesse, sich in einen totalen Krieg mit Russland zu stürzen, auch wenn ein Verhandlungsfrieden der Ukraine einige harte Entscheidungen abverlangen könnte“. Wohin soll das alles führen?

In dem Text verweist die New York Times auf das 40-Milliarden-Dollar-Soforthilfepaket für die Ukraine, das diese Woche verabschiedet wurde – und zitierte gleichzeitig Avril Haines, die Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes. Sie warnte kürzlich vor dem Streitkräfteausschuss des Senats, dass die nächsten Monate

unbeständig sein könnten. Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland könnte „eine unvorhersehbarere und potenziell eskalierende Richtung einschlagen“. Die New York Times spricht in diesem Zusammenhang von „außerordentlichen Kosten und ernststen Gefahren“ und verlangt von US-Präsident Joe Biden Antworten auf die Frage: Wohin soll das alles führen?

Es werde immer schwieriger, zu erkennen, was die Ziele der Amerikaner in der Ukraine seien. „Versuchen die Vereinigten Staaten beispielsweise, zur Beendigung dieses Konflikts beizutragen – und zwar durch eine Regelung, die eine souveräne Ukraine und eine Art von Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland ermöglicht? Oder versuchen die Vereinigten Staaten jetzt, Russland dauerhaft zu schwächen? Hat sich das Ziel der Regierung darauf verlagert, Wladimir Putin zu destabilisieren oder ihn zu stürzen? Beabsichtigen die Vereinigten Staaten, Wladimir Putin als Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen?“, fragen die New Yorker.

Ohne klare Kriegsziele gefährdet das Weiße Haus den Frieden in Europa

Die Kommentatoren gehen so weit zu sagen, dass, sollten diese Fragen nicht klar beantwortet werden, das Weiße Haus den „langfristigen Frieden und die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent“ gefährde. Das Leid der Ukraine habe die Amerikaner zwar aufgerüttelt, aber die Unterstützung der Bevölkerung für einen Krieg, der weit weg von den US-Küsten stattfindet, werde nicht ewig andauern. Die Inflation sei für die amerikanischen Wähler ein viel größeres Problem als die Ukraine, und die Störungen auf den globalen Lebensmittel- und Energiemärkten werde diese wahrscheinlich noch verstärken.

New York Times warnt vor verfrühtem Siegestaumel

Auch warnt die New York Times vor einem verfrühten Siegestaumel. Es sei verlockend, die verblüffenden Erfolge der Ukraine gegen die russische Aggression als Zeichen dafür zu sehen, dass die Ukraine mit ausreichender amerikanischer und europäischer Hilfe kurz davor stehe, Russland auf seine Positionen vor der Invasion zurückzudrängen. „Doch das ist eine gefährliche Annahme.“

Ein militärischer Sieg der Ukraine über Russland, bei dem die Ukraine das gesamte Gebiet, das Russland seit 2014 erobert hat, also den gesamten Donbass und die Krim, zurückerobert, sei kein realistisches Ziel. Russland bleibe zu stark und Putin habe zu viel persönliches Prestige in die Invasion investiert, um einen Rückzieher zu machen.

Die Vereinigten Staaten und die Nato seien bereits militärisch und wirtschaftlich stark involviert. „Unrealistische Erwartungen könnten sie immer tiefer in einen kostspieligen, langwierigen Krieg hineinziehen. Russland, wie angeschlagen und ungeschickt es auch sein mag, ist immer noch in der Lage, der Ukraine unsägliche Zerstörungen zuzufügen, und ist immer noch eine nukleare Supermacht mit einem verärgerten, unbeständigen Despoten, der wenig Neigung zu einer Verhandlungslösung gezeigt hat.“

Bisher hätten die Amerikaner durch ihre finanzielle, militärische und nachrichtendienstliche Unterstützung der Ukraine sehr geholfen. Doch die New York Times verlangt, dass Präsident Biden im vierten Monat des Krieges nun „Präsident Wolodymyr Selenskyj und seinen Leuten klarmacht, dass es eine Grenze gibt, wie weit die Vereinigten Staaten und die Nato gehen werden, um Russland zu konfrontieren, und Grenzen für die Waffen, das Geld und die politische Unterstützung, die sie aufbringen können“.

Das wäre ein dramatischer Kurswechsel der westlichen Mächte. Es würde die ukrainische Verhandlungsposition gegenüber Russland schwächen. Doch die Times verlangt: „Die Entscheidungen der ukrainischen Regierung müssen unbedingt auf einer realistischen Einschätzung ihrer Mittel und der Frage beruhen, wie viel Zerstörung die Ukraine noch verkraften kann. Die Konfrontation mit dieser Realität mag schmerzhaft sein, aber sie ist keine Beschwichtigung. Das ist die Pflicht der Regierungen, nicht einem illusorischen ‚Sieg‘ hinterherzujagen.“

Russland werde noch jahrelang unter der Isolation und den lähmenden Wirtschaftssanktionen zu leiden haben, Putin werde als Schlichter in die Geschichte eingehen. Die Herausforderung bestehe nun darin, „die Euphorie abzuschütteln, die Verhöhnung zu beenden und sich auf die Definition und Vollendung der Mission zu konzentrieren“.

.) Analyse: Der ambivalente Aufstieg einer ukrainischen "unzivilen Gesellschaft" nach dem Euromaidan : <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/303013/analyse-der-ambivalente-aufstieg-einer-ukrainischen-unzivilen-gesellschaft-nach-dem-euromaidan/> -

Obwohl rechtsradikale Parteien in der nationalen Politiklandschaft der Ukraine weniger erfolgreich sind, haben sich in den letzten Jahren ultranationalistische Gruppierungen in unzivilen Nichtregierungsorganisationen zusammengefunden, die sich wachsender Unterstützung und Aufmerksamkeit erfreuen.

Demonstranten stoßen in Kiew im Rahmen von Protesten gegen die Öffnung des Landmarktes mit der ukrainischen Polizei zusammen.

Zusammenfassung:

Parteilichter Ultranationalismus war bislang in der postsowjetischen Ukraine – insbesondere bei nationalen Wahlen – ungewöhnlich schwach. Die drei wichtigsten rechtsradikalen Parteien "Freiheit" (Swoboda), "Rechter Sektor" (Prawy Sektor) und "Nationales Corps" sind auch nach dem Euromaidan politisch marginal geblieben. Allerdings hat eine rechtsextreme "unzivilen Gesellschaft" – die teils eng mit ultranationalistischen Parteien verbunden ist – im Kontext des anhaltenden Krieges mit Russland an öffentlicher Akzeptanz gewonnen. Die Aktivitäten dieser Nichtregierungsorganisationen und deren gelegentliche Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen verlangen nach sorgsamer Beobachtung durch ukrainische

und ausländische Watch-Dog-Organisationen sowie Eindämmung durch die Kiewer Regierung.

Einführung

Der ukrainische Ultranationalismus war während des Großteils der postsowjetischen Geschichte des Landes in puncto landesweiter Parteien und Wahlen ein überraschend schwaches Phänomen. Trotz der enormen sozialen und wirtschaftlichen Spannungen in der ukrainischen Gesellschaft während der letzten 30 Jahre haben rechtsextreme Parteien und deren Bündnisse bei nahezu allen nationalen Wahlen miserabel abgeschnitten. Das ist angesichts der wiederholten Wahlerfolge rechtsradikaler und -populistischer Gruppierungen in etlichen ost- wie westeuropäischen Ländern im selben Zeitraum bemerkenswert.

Aufgrund ihres schwachen Abschneidens bei Wahlen waren extrem rechte, politisch ambitionierte Aktivisten oft genötigt, sich auf Regional- und Lokalpolitik (insbesondere in der Westukraine) zu beschränken. Andere Akteure verblieben aufgrund der mangelnden Unterstützung rechtsradikaler Parteilisten im Rahmen dessen, was in der vergleichenden Politikwissenschaft als "unzivile Gesellschaft" bezeichnet wird. Dieser Begriff bezeichnet eine Kategorie von Nichtregierungsorganisationen, die primär weder gewinn- noch machtorientiert sind und somit als zivilgesellschaftliche Akteure betrachtet werden können. Jedoch sind die Ideen, Ziele, Netzwerke und Aktionen solcher unzivilen Gruppen im- oder explizit antidemokratisch. Sie verbreiten keine bürgerschaftlichen Werte, die auf Gleichstellung, Toleranz und Pluralismus beruhen, sondern exklusive, manichäische und hierarchische Gesellschaftsbilder.

Solche Gruppen mögen zwar, wie auch gewöhnliche zivilgesellschaftliche Organisationen, hilfreich dabei sein, bei ihren Mitgliedern die Entwicklung organisatorischer, intellektueller, rhetorischer, emotionaler sowie anderer Fähigkeiten zu fördern. Doch werden diese Fertigkeiten dazu eingesetzt, autoritäre, xenophobe, homophobe, patriarchalische und andere illiberale Ideen zu propagieren oder gar durchzusetzen. Gelangen die Anführer oder Mitglieder solcher unziviler Organisationen in die hohe Politik, tendieren sie dazu, Demokratie abzubauen und nicht zu fördern.

Der kurze Aufstieg der Freiheitspartei 2012–2014

In der postsowjetischen Geschichte der Ukraine hat es nur einmal eine ultrarechte Partei gegeben, die zeitweise in der Werchowna Rada eine Fraktion stellte, nämlich 2012–2014 die Allukrainische Union "Swoboda" (dt.: "Freiheit"). Vom März bis zum Oktober 2014 war "Swoboda" zudem acht Monate lang mit einigen Ministern in der ersten Regierung nach der Revolution der Würde vertreten. Der relative Erfolg von Swoboda bei den Parlamentswahlen 2012 mit 10,44 Prozent und die kurze Regierungsbeteiligung nach dem Euromaidan kamen beide unter besonderen politischen Umständen zustande.

Der kurzzeitige Vorstoß von Swoboda in die nationale Politik war vor allem eine Reaktion auf den Aufstieg kremlnaher antiukrainischer politischer Akteure sowie eine Folge von Disziplinlosigkeit und Uneinigkeit im gemäßigten nationalliberalen Parteienlager. Bevor Swoboda 2012 ins Parlament einzog, hatte die moskaufreundliche Außen- und Kulturpolitik etlicher prorussischer Regierungsmitglieder sowie Parlamentsabgeordneter unter Präsident Wiktor Janukowytsch patriotische Teile der Wählerschaft der Ukraine mobilisiert und radikalisiert. Gleichzeitig verletzte eine Anzahl von Abgeordneten, die bei den Parlamentswahlen 2007 über die prowestlichen Parteilisten "Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung" und "Julija-Tymoschenko-Block" in die Werchowna Rada eingezogen waren, ihre Mandate, nachdem Janukowytsch 2010 zum Präsidenten gewählt wurde.

Die Mandatswechsler wurden in der Ukraine ironisch als Tuschki gebrandmarkt – ein unübersetzbares russisches Wort, das tote Tierkörper meint und mit dem Begriff "Zombies" übertragen werden kann. Etliche Parlamentarier der Fraktionen Wiktor Juschtschenkos und Julija Tymoschenkos schlugen sich im Sommer 2010 auf die Seite der neuen prorussischen Regierungskoalition, die das Kabinett von Premierminister Mykola Asarow (der heute in Russland lebt) stützte, und wurden damit zu Tuschki. Dies geschah, obwohl diese 2010 überlaufenden Tuschki-Abgeordneten drei Jahre zuvor über geschlossene Listen der beiden "orangenen" Wahlbündnisse Juschtschenkos und Tymoschenkos gewählt worden waren. Vor diesem Hintergrund war vor den Parlamentswahlen 2012 eines der Wahlversprechen von Swoboda, dass die Listen- und Direktkandidaten der Freiheitspartei im Falle ihrer Wahl das Vertrauen der Wähler nicht verraten würden – ein Gelöbnis, das alle gewählten Swoboda-Abgeordneten im Anschluss getreu einhielten.

Im März 2014 erhielt Swoboda aufgrund von Differenzen zwischen den beiden wichtigsten nationalliberalen Fraktionen, der Partei "Vaterland" ("Batkiwtschyna") unter der Führung von Arsenij Jazenjuk und der "Ukrainischen Demokratischen Allianz für Reformen" (ukr. Abk.: UDAR, russ.: Schlag) von Witalij Klytschko, darüber hinaus einige Ministerposten im ersten Post-Euromaidankabinett. Da UDAR sich nicht an der postrevolutionären Übergangsregierung beteiligen wollte und die "Partei der Regionen" Janukowytschs sich in Auflösung befand, wäre nur ein nationalliberales Einfraktionskabinett möglich gewesen. Vor diesem Hintergrund gestand "Vaterland" der Partei "Swoboda" die Leitung einiger Ministerien sowie den Posten des Generalstaatsanwalts zu. In den folgenden acht Monaten folgte die Freiheitspartei von Oleh Tjahnybok in der Regierung meist dem Kurs, den die Nationalliberalen vorgaben. Im September 2014 etwa stimmte die Swoboda-Fraktion einstimmig für die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU – eine bemerkenswerte Entscheidung für eine rechtsradikale Partei, die mit

vielen Grundwerten der EU uneins ist.

Das ultranationalistische Potential in der Ukraine

In der Ukraine gibt es seit den frühen 1990er Jahren, wie in den meisten europäischen Ländern, ein differenziertes rechtes Parteienspektrum, mit ca. einem Dutzend mehr oder minder radikaler nationalistischer politischer Organisationen, die regelmäßig an landesweiten, regionalen und Kommunalwahlen teilnehmen.

Mitunter schlossen diese Gruppen aus wahltaktischen Gründen Bündnisse untereinander oder mit gemäßigeren Gruppierungen. So veranstalteten die drei wichtigsten ultrarechten Parteien "Swoboda", "Nationales Corps" und "Rechter Sektor" sowie einige kleinere Gruppen im März 2017 einen gemeinsamen Kongress, auf dem sie ein sog. Nationales Manifest verabschiedeten.

Die radikale Rechte der Ukraine verfügte in der Vergangenheit und verfügt auch heute über eine Anzahl prominenter und weithin bekannter Führungsfiguren wie Jurij Schuchewytsch, Dmytro Kortschinskyj, Oleh Tjahnybok, Dmytro Jarosch, Andrij Bilezkyj oder Ruslan Koschulinskyj. Neben dem relativen Erfolg von Swoboda bei den Parlamentswahlen 2012 erzielte die ukrainische extreme Rechte gelegentlich bei Regional- und Kommunalwahlen – insbesondere in der Westukraine – sowie bei Parlamentswahlen in Direktwahlkreisen Einzelerfolge. Bei den meisten landesweiten Abstimmungen nach Verhältniswahlrecht stimmte allerdings lediglich ein kleiner oder sehr kleiner Teil der Wählerschaft für ultranationalistische Gruppen.

Die aus marginalen Grüppchen nach dem Euro-Maidan entstandenen Parteien Rechter Sektor und Nationales Corps haben seit 2014 immer wieder deutlich gemacht, dass sie nach politischer Macht streben. Der ehemalige Anführer des Rechten Sektors, Dmytro Jarosch, und der derzeitige Anführer des Nationalen Corps, Andrij Bilezkyj, waren von 2014 bis 2019 Abgeordnete der 8. Werchowna Rada. Sie kommen beide aus der Ostukraine und zogen mit Direktmandaten ins Parlament ein – Jarosch aus einem Wahlkreis in seiner Heimatregion Dnipropetrowsk und Bilezkyj aus dem Kiewer Stadtbezirk Obolon. Der Rechte Sektor war Ende 2013 aus einer losen Verbindung unterschiedlicher nationalistischer Kleingruppen hervorgegangen, die sich auf dem Euromaidan um Jaroschs bis dahin kaum bekannte Wehrsportgruppe "Dreizack Stepan Banderas" scharten. Im April 2014 gründete der Rechte Sektor das sog. Freiwillige Ukrainische Corps (ukr. Abk.: DUK) – eine kleine paramilitärische Einheit, die am Donbas-Krieg teilnahm und bis heute ein irreguläres Bataillon ist.

Die politische Partei Nationales Corps ging aus den neonazistischen Jugendgruppen "Patriot der Ukraine" und "Sozial-Nationale Versammlung" unter der Führung von Andrij Bilezkyj hervor. Im Sommer 2014 bildeten die Anführer dieser beiden Gruppen den Kern des semiregulären Freiwilligenbataillons "Asow", das inzwischen ein reguläres Regiment der Nationalgarde beim Innenministerium der Ukraine ist. Mitglieder, Veteranen und Sympathisanten von "Asow" gründeten am 14. Oktober

2016 die Partei Nationales Corps mit Bilezkyj als Vorsitzendem.

Sowohl der Rechte Sektor als auch das Nationale Corps ziehen ihren heutigen Ruhm aus der medienwirksamen Beteiligung ihrer Anführer an der Verteidigung der Ukraine gegen Russland. Während die marginalen Vorläufergruppen der beiden Parteien vielen Ukrainern kaum bekannt waren, wurden Jarosch, Bilezkyj und einige andere radikale nationalistische Politiker ab 2014 zu nationalen Kriegshelden.

Jarosch wurde sogar im Krieg verwundet. Durch die Beteiligung von Ultranationalisten am Krieg, oft mit eigenen Freiwilligenbataillonen, hat sich deren öffentliches Profil, soziale Stellung, politische Legitimität und allgemeine Popularität in der Ukraine merklich erhöht.

Paradoxiertweise hat die deutlich gewachsene nationale wie internationale Sichtbarkeit und gesellschaftliche Akzeptanz radikaler Nationalisten in der Ukraine seit 2014 allerdings kaum Erfolge an der Wahlurne nach sich gezogen, zumindest nicht bei landesweiten Wahlen. Im Gegenteil: Der Wählerzuspruch für Swoboda sank bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2014 gegenüber 2012 von 10,44 Prozent auf 4,7 Prozent. Fünf weitere Jahre später sank er bei den jüngsten Wahlen zur Werchowna Rada noch einmal auf 2,15 Prozent.

Letzteres Ergebnis war für die Ultranationalisten umso frustrierender, als Swoboda bei den Parlamentswahlen im Juli 2019 in einer offiziellen Listenvereinigung mit dem Rechten Sektor, Bilezkyjs Nationalem Corps und Jaroschs sog. Staatsinitiative angetreten war. Damit waren die vier wichtigsten rechtsradikalen Kräfte in einem Block zusammengefasst und keine Konkurrenten untereinander, wie es im Oktober 2014 zwischen Swoboda und dem Rechten Sektor der Fall gewesen war. Der vereinigte Ultranationalistenblock scheiterte im Juli 2019 nichtsdestoweniger überraschend klar an der Fünf-Prozent-Hürde und konnte nur ein Direktmandat erringen.

Die Präsidentschaftskandidaten der Rechten waren in den vergangenen zehn Jahren mit Ergebnissen von konstant weniger als 2 Prozent noch erfolgloser als ihre Parteilisten. Unmittelbar nach dem Euromaidan erhielten im Mai 2014 Tjahnybok 1,16 Prozent und Jarosch 0,7 Prozent, während Koschulinskyj als gemeinsamer Kandidat der meisten rechtsradikalen Gruppen im März 2019 immerhin 1,62 Prozent erreichte. Er schnitt damit fünf Jahre nach der Revolution der Würde ähnlich miserabel ab, wie es Tjahnybok als Kandidat von Swoboda gut drei Jahre vor Beginn des Euromaidans mit 1,43 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 2010 ergangen war.

Die stabil geringe Wählerunterstützung für Rechtsradikale in den beiden unterschiedlichen historischen Phasen der Ukraine vor und nach dem Euromaidan ist bemerkenswert. Nicht nur hat sich die Wählerdemographie der Ukraine durch die russische Annexion der Krim und Okkupation des östlichen Donezbeckens im Frühjahr/Sommer 2014 zugunsten der Ethnonationalisten entwickelt, da sie in

diesen Teilen der Ukraine kaum Unterstützung hatten und haben. Die niedrigen Wahlergebnisse der Rechten sind umso beachtlicher, als sich die ukrainische Gesellschaft seit 2014 aufgrund des anhaltenden heißen Konfliktes im Donbas und des allgemeinen Hybridkrieges des Kremls gegen die Ukraine in einem permanenten geopolitischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und psychischen Stresszustand befindet.

Diese Umstände hätten an und für sich einen günstigen Hintergrund für ethnozentrische Propaganda und den Aufstieg ultranationalistischer Gruppen liefern müssen. Allerdings konnte bis Ende 2019 in der politischen Landschaft der Ukraine kaum etwas beobachtet werden, was auch nur annähernd an die hohen Wahlergebnisse oder jahrelange Regierungsbeteiligung verschiedener Rechtspopulisten und Ultranationalisten in etlichen anderen europäischen Ländern erinnern würde. Vielmehr stellt sich die Ukraine nach fünf Jahren Krieg als ein Land dar, dass 2019 mit Wolodymyr Selenskyj nicht nur einen jüdischstämmigen Präsidenten wählte, sondern für ca. drei Monate gleichzeitig auch einen jüdischstämmigen Premierminister hatte – Wolodymyr Hroisman, der von April 2016 bis August 2019 die ukrainische Regierung führte.

Die zunehmende gesellschaftliche Verankerung der Ultrarechten

Nichtsdestotrotz bleiben eine aufmerksame Beobachtung und ggf. entschiedene Zurückdrängung rechtsradikaler Aktivitäten wichtige Aufgaben für ukrainische und internationale Watch-Dog-Organisationen. Das ultranationalistische Milieu der Ukraine mag zwar an der Wahlurne erfolglos sein und bleiben. Doch hat dessen zahlenmäßige Stärke seit dem Euromaidan eher zu- als abgenommen. Die Rechte insgesamt ist organisatorisch besser aufgestellt und taktisch raffinierter geworden. Die Rechtsradikalen bleiben weitgehend von der nationalen ukrainischen Politik ausgeschlossen und haben nach den letzten Parlamentswahlen selbst ihre zuvor schon nur geringe Repräsentanz in der Werchowyna Rada fast vollständig eingebüßt. Doch haben sich in den vergangenen Jahren viele ultranationalistische Aktivisten unterschiedlichen Projekten in der ukrainischen "unzivilen Gesellschaft" zugewandt, und zwar in einer großen Bandbreite von Bereichen – angefangen von geschichtspolitischen Fragen über Korruptionsbekämpfung bis hin zum Umweltschutz. Mitunter haben es ultrarechte Gruppen geschafft, staatliche Protektion und Unterstützung für ihre Aktivitäten zu erhalten, etwa im Rahmen bestimmter Veteranen- und Bildungsprogramme.

Auch vor 2014 waren Teile der nationalliberalen politischen Elite der Ukraine bereit, mit Rechtsradikalen zusammenzuarbeiten. Allerdings waren diese Allianzen meist situationsbedingt und weniger strategischer oder ideeller Natur. Je länger der bewaffnete Konflikt mit Russland andauert, desto stärker vermögen es heute selbst Randgruppen wie die inzwischen weithin bekannte Neonazi-Gruppe S14 (oder C14), in die ukrainische Gesellschaft und in öffentliche Angelegenheiten integriert zu

werden. Die Distanz zwischen dem Mainstream und extremistischer Politik, zwischen ziviler und unziviler Gesellschaft, gemäßigten und radikalen nationalistischen Gruppen, schrumpft nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch kulturell und mental. Die offizielle politische Rhetorik der Ukraine, der Diskurs in den Medien, die Kulturpolitik sowie die Debatte über erinnerungspolitische Fragen sind zwischen 2014 und 2019 mit jedem Jahr militanter und patriotischer geworden. Dadurch haben auch extrem rechte historische und heutige Vorstellungen, Führungsfiguren und Organisationen in der ukrainischen Gesellschaft an sozialer Akzeptanz, wenn nicht Sympathie gewonnen.

In westlichen Demokratien liegt die wichtigste politische Trennlinie heute zwischen den Anhängern und den Gegnern von kulturellem oder sozialem Liberalismus. In der Ukraine hingegen drehen sich die wichtigsten politischen Fragen um die Haltung der jeweiligen Person oder Gruppe zur nationalen Unabhängigkeit der Ukraine, zum Krieg mit Russland, zum korrupten oligarchischen System und zur Westorientierung, wobei letztere eher als geopolitische Ausrichtung denn als normative Bindung verstanden wird. Da die ukrainischen Ultranationalisten zu großen Teilen ähnliche Antworten auf diese Fragen geben wie viele ukrainische Nationalliberale, werden erstere von letzteren immer mehr akzeptiert.

So war zum Beispiel im Januar 2019 der Anführer der erwähnten neonazistischen Gruppe S14, Jewhen Karas, ein Mitglied der ukrainischen Delegation beim Ökumenischen Patriarchat Konstantinopel in Istanbul. Anlass war die Verleihung der Autokephalie an die Ukrainische Orthodoxe Kirche durch das inoffizielle Oberhaupt der Ostchristentums Bartholomäus I. Die Anwesenheit von Karas bei der offiziellen Zeremonie sorgte unter ukrainischen und ausländischen Menschenrechtsaktivisten für Aufsehen. Der peinliche Zwischenfall wurde in der ukrainischen Gesellschaft jedoch zu keinem großen Thema. Aufmerksamkeit erregte vielmehr die Teilnahme eines ukrainischen Geschäftsmanns mit kriminellern Hintergrund, der ebenfalls bei der Kirchenzeremonie in Istanbul zugegen war.

Weder S14 noch Swoboda oder der Rechte Sektor stellen allerdings heute die größte ultranationalistische innere Gefahr für die junge Demokratie in der Ukraine dar. Eher könnte die facettenreiche "Asow-Bewegung" mit ihrem regulären Regiment bei der ukrainischen Nationalgarde, ihren Verbindungen in die Führung des Innenministeriums, ihrer Partei Nationales Corps, ihrer unbewaffneten Bürgerwehr "Nationale Gefolgschaften" (Nazionalni drushyny) und diversen anderen Ablegern, eine langfristig größte Bedrohung seitens des ukrainischen Rechtsextremismus darstellen. Die Asow-Bewegung hat es im Gegensatz zu früheren ukrainischen ultrarechten Organisationen vermocht, eine multidimensionale und betont moderne soziale Bewegung zu schaffen, die besonders für junge Menschen attraktiv und nicht, wie im Falle Swobodas, regional beschränkt ist.

Die ältere Freiheitspartei ist zwar an der Wahlurne und als Organisation immer noch

stärker als das Nationale Corps. Sie ist heute allerdings nur noch in Galizien eine relevante politische Kraft. Der Rechte Sektor hat seit Ende 2014 seine Dynamik aus der Zeit während und nach dem Euromaidan eingebüßt. Nach dem Austritt seines Gründungsvaters und prominentesten Anführers Dmytro Jarosch Ende 2015 ist der Rechte Sektor zu einer Randerscheinung mit nur geringer Organisationsstärke und Wählerunterstützung geworden. Jarosch wiederum hat es nach seinem Weggang vom Rechten Sektor bislang nicht geschafft, aus seiner 2016 gegründeten sog. Staatsinitiative eine bedeutsame Organisation zu machen.

"Asow" hingegen hat – als eine Bewegung, die ursprünglich aus dem weitgehend russischsprachigen Charkiw stammt – eine gleichmäßigere Verbreitung im Land und war noch nicht von größeren Abspaltungen betroffen gewesen. Vor allem fungiert die Asow-Bewegung als eine dynamische unzivile Assoziation, die ihre Unterstützung unter Jugendlichen im Inland und ihre Kontakte unter Rechtsextremisten im Ausland intensiv ausbaut. Sie ist ein sichtbarer Teil internationaler Netzwerke rechter Aktivisten geworden und unterhält Verbindungen zu diversen, meist rassistischen Randgruppen im Ausland, unter anderem in den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und der Russischen Föderation.

Schlussfolgerungen

Das auch 2019 weiterhin ungewöhnlich schwache Abschneiden ukrainischer Rechtsradikaler an den Wahlurnen ist ermutigend. Die geringe gesellschaftliche Unterstützung für parteipolitisch organisierten Ultranationalismus in der Ukraine ist erstaunlich, wenn man dieses Phänomen mit jüngeren Wahlerfolgen rechter Populisten und Extremisten in anderen europäischen Ländern vergleicht. Trotz des aktiven bewaffneten Konfliktes im Osten der Ukraine und der weiten Verbreitung von Schusswaffen seit 2014, haben es die ukrainischen Rechtsextremisten bisher weitgehend unterlassen, in innerukrainischen politischen Auseinandersetzungen die ihnen zur Verfügung stehenden Waffen einzusetzen.

Allerdings gibt es mindestens vier Tendenzen in der Entwicklung des ultranationalistischen Milieus der Ukraine seit 2014, die Anlässe zu Sorge bereiten. Zum einen wächst aufgrund Russlands Krieges gegen die Ukraine die Toleranz und teils sogar eine Sympathie der ukrainischen Elite wie Gesellschaft in Bezug auf historische wie zeitgenössische radikale nationalistische Organisationen, Aktionen und Personen. Zweitens haben seit 2014 bestimmte ultrarechte Organisationen über die Gründung von paramilitärischen Freiwilligenverbänden Zugang zu Schusswaffen und ja zum Teil gar zu schweren Waffen erlangt. Einige rechtsextreme Parteien kontrollieren immer noch ir- oder semireguläre militärische Gruppen wie das Freiwillige Ukrainische Corps des Rechten Sektors oder die sog. Ukrainische Freiwilligenarmee von Jaroschs Staatsinitiative, wobei die Begriffe "Corps" und "Armee" für diese kleinen bewaffneten Einheiten hyperbolisch sind. Drittens sind ultrarechte Organisationen zunehmend in der außerparlamentarischen Opposition,

unzivilen Gesellschaft, Kulturlandschaft, Kommunalpolitik und inoffiziellen internationalen Beziehungen der Ukraine präsent.

Viertens führt die allgemein wachsende Duldsamkeit der ukrainischen Gesellschaft gegenüber rechtsradikalen Kriegsveteranen zu einer schwächeren Abgrenzung des Staates von ultranationalistischen Gruppen. So hat es wiederholt Fälle einer Zusammenarbeit zwischen bestimmten Regierungsinstitutionen wie dem Sicherheitsdienst oder dem Veteranenministerium der Ukraine einerseits und Teilen der rechtsradikalen Szene andererseits gegeben. Die Ukraine bleibt zwar mit Blick auf die Wahlergebnisse ultrarechter Parteien eine positive Ausnahme. Die steigende öffentliche Präsenz unzivilier Gruppen im ukrainischen Alltag und zunehmende gesellschaftliche Unterstützung für den historischen wie auch heutigen ukrainischen Ultranationalismus sind allerdings neue Aufmerksamkeit erfordernde Merkmale der Ukraine nach dem Euromaidan.

.) Hamburg muss im Bundesrat „Nein zur (nuklearen) Aufrüstung“ sagen!

https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2020/02/hamburg_beschluss.pdf

Ein Nein Hamburgs im Bundesrat zum (nuklearen)

100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm haben die beiden

Nobelpreis-Organisationen ICAN und die Ärzt:innen für die Verhütung des

Atomkrieges (IPPNW) in einem Brief von den Hamburgischen

Bürgermeister:innen Tschenscher (SPD) und Fegebank (Grüne) gefordert.

Die Organisationen erinnerten daran, dass das Hamburger Parlament im

Frühjahr 2020 sich mit einer breiten Mehrheit für die Ratifizierung des

UN-Atomwaffenverbotsvertrag sowie für die Abschaffung von Atomwaffen

ausgesprochen hatte. Dem Antrag "UN-Atomwaffenverbotsvertrag und

ICAN-Städteappell" (Drucksache: 21/19967) hatten Abgeordnete von SPD und

Grünen sowie auch von der Linksfraktion und der CDU zugestimmt. Die FDP

hatte sich enthalten, die AfD stimmte dagegen (siehe unten). Um das als

"Sondervermögen" verpackte Aufrüstungsprogramm zu ermöglichen, braucht

es für die damit verbundene Grundgesetzänderung eine zweidrittel

Zustimmung von Bundestag und Bundesrat. Mit dem 100-Mrd-Programm sollen

auch neue US-Kampfbomber für die Bundeswehr beschafft werden, die im

Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe die in Büchel stationierten

Atomwaffen in die von USA und Nato festgelegten Kriegsziele fliegen

sollen. Auch andere Landesparlamente wie Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz

unterstützen den ICAN-Städteappell zum Atom-Waffen-Ausstieg.

.) Standortsuche – Viel Zustimmung und gute Hinweise für die BGE -BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz betont den Wert der Beteiligung an der Methodenentwicklung : <https://www.bge.de/de/aktuelles/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2022/5/726-endlagersuche/> - Zwei Tage, viele Diskussionen, und eine Erkenntnis: „Wir sind mit der Methodik für die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen auf dem richtigen Weg“, sagt Steffen Kanitz, in der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zuständig für die Endlagersuche. Am 20./21. Mai 2022 haben das Planungsteam Forum Endlagersuche und das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Mainz zum ersten Mal eine große hybride Konferenz zur Öffentlichkeitsbeteiligung an der Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll veranstaltet. ...

.) Absage an Konfrontation : <https://www.jungewelt.de/artikel/427100.ohne-nato-leben-absage-an-konfrontation.html> -

Friedenskongress in Berlin. Veranstalter ziehen positive Bilanz. Plädoyers für gemeinsame Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands. »Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden«. So lautete das Motto des Kongresses am Sonnabend in der Humboldt-Universität in Berlin, den nach Angaben der Veranstalter insgesamt 1.000 Zuhörer vor Ort beziehungsweise per Livestream verfolgten. Es ging um den Ukraine-Krieg, die Rolle von Medien und Politik sowie Visionen für eine friedlichere Welt. Besonders beeindruckend war die emotionale »Rede gegen den Krieg« des 81jährigen Theologen und Schriftstellers [Eugen Drewermann](#). Im Zentrum standen die »wichtigste Frage unserer Zeit« – wie Frieden zurückgewonnen und bewahrt werden kann – sowie eine explizite Kapitalismus- und Imperialismuskritik.

Die »Entseelung des Körpers zu einer bloßen Marionette« machte Drewermann als elementaren Bestandteil von Krieg aus. Der »Todeskreislauf« von Angst und Hochrüstung könne nur durchbrochen werden, »indem wir keine Angst mehr haben«. »Wir hätten den Frieden haben können, wenn wir ihn hätten wollen dürfen«, sagte Drewermann bezugnehmend auf Vorschläge Russlands für eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Die USA hätten aus eigenen geopolitischen Interessen Europa den Konflikt mit Russland aufgezwungen. Und einzige Lösung sei, die NATO zu verlassen. »Mit ihr ist kein Frieden möglich, weil er nicht sein soll.« Ähnlich hatte zuvor auch [Oskar Lafontaine](#) argumentiert. Der kürzlich aus der Partei ausgetretene Mitbegründer und frühere Kovorsitzende von Die Linke war per Video zum [Kongress](#) zugeschaltet. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands sei unabdinglich, sagte Lafontaine. »Oligarchensysteme«, worunter er neben Russland und der Ukraine auch die USA fasste, seien zum Frieden nicht fähig.

Es brauche eine andere Weltwirtschaftsordnung. Man dürfe sich nicht weiter vor den USA hertreiben lassen. Für Europa sei Lafontaine zufolge ein langfristiger Frieden anzustreben, der eine Autonomie des Donbass beinhalten müsse.

Zu Lafontaine übergeleitet hatte Moderatorin und Publizistin Christiane Reymann nach eröffnenden Worten der emeritierten Professorin Karin Kulow und einem Grußwort von Gabriele Krone-Schmalz, ehemalige Moskau-Korrespondentin der ARD. Auf dem Kongress nahm der freie Journalist und Exmitarbeiter des WDR, Ekkehard Sieker, ebenso wie der langjährige Bundestagsabgeordnete, Liedermacher und Musikproduzent Diether Dehm (Die Linke) die Rolle von Medien und Kulturschaffenden ins Visier. »Kriege [würden] auch um Köpfe geführt«, sagte Sieker. Journalisten würden zu Soldaten, statt gemäß ihrer Wächterfunktion die Mächtigen in Politik, Kultur und Wirtschaft »unter Legitimationsdruck« zu stellen. Er beschrieb, wie NGOs und philanthropische Stiftungen seit den 1980er Jahren zunehmend Geheimdienstaufgaben übernahmen und warnte vor einer »langsamen Faschisierung des bürgerlich-demokratischen Staates«.

Dehm nannte den Jugoslawienkrieg eine »Generalprobe« für Kulturschaffende, die mit ökonomischen Mitteln, aber auch mittels Begriffen wie »Querfront« oder »Verschwörungstheoretiker« eingeschüchtert würden und sich einschüchtern ließen. Der Linke-Politiker forderte eine stärkere Vernetzung fortschrittlicher Medien, insbesondere der »langen Listen von großartigen Journalisten«, die wegen ihrer kritischen Fragen bei ZDF und ARD »rausgeflogen« seien.

Ebenfalls scharfe Kritik an der NATO-Kriegsallianz und deren Selbstermächtigung, überall auf der Welt und vorbei am UN-Sicherheitsrat militärisch einzugreifen, übten neben dem emeritierten Professor für Völkerrecht Norman Paech und Anu Chenoy aus Indien auch Ann Wright (USA), Ulla Klötzer (Finnland), Andrej Hunko (MdB Die Linke) und Yuri Sheliashenko (Ukraine). Mehrfach gefordert wurde eine neue Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), denn, so der Pazifist Sheliashenko, »wer vom Krieg profitiert, der wird ihn nicht stoppen.«

Auch das Abschlusspodium mit der Schriftstellerin Daniela Dahn, dem Historiker Peter Brandt, der Linke-Abgeordneten [Sevim Dagdelen](#) und dem geschäftsführenden Direktor des International Peace Bureau (IPB), Reiner Braun, stand unter dem Motto »Kooperation statt Konfrontation«. Dahn forderte eine »enorme moralische Anstrengung gegen alle Widerstände«. Frieden müsse »ein besseres Geschäft als Krieg« werden. Dagdelen analysierte, beim Ukraine-Krieg handle es sich in Wahrheit um einen »Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg« der NATO gegen Russland, bei dem die Volksrepublik China das tatsächliche Ziel sei. Braun erinnerte daran, dass die große Mehrheit der Länder der Welt sich weigere, der Kriegslogik der NATO zu folgen. »Wir sind die Stimme der übergroßen Mehrheit« der Weltbevölkerung, so Braun, der eine »Koalition der Vernunft und des Realismus« forderte.

Der von Aktiven aus bundesweiten, regionalen und örtlichen Friedensinitiativen, von

dem Personenbündnis »Frieden-Links« und Einzelpersonlichkeiten veranstaltete Kongress war im Vorfeld [scharfer Kritik](#) bürgerlicher Medien, aber auch von Teilen der Partei Die Linke ausgesetzt. Vor Ort fanden sich indes nur einige wenige, dafür aber lautstarke Gegendemonstranten ein.

.) Friedensvorschlag Roms : <https://www.jungewelt.de/artikel/427120.unverbindliches-angebot.html> - Vierstufenplan aus Italien zum Ende des Ukraine-Krieges. Skepsis in Kiew. New York Times zweifelt an US-Kriegszielen.

Russland hat den Eingang eines von der italienischen Regierung erarbeiteten Friedensvorschlages bestätigt. Der Sprecher des Präsidialamtes, Dmitri Peskow, sagte am Montag, das Konzept werde jetzt geprüft. Der am Sonnabend vom italienischen Außenminister Luigi Di Maio präsentierte Plan sieht vor, zunächst entlang der ganzen Frontlinie das Feuer einzustellen und die Einhaltung von der UNO kontrollieren zu lassen. Anschließend sollten Verhandlungen über einen neutralen und blockfreien Status der Ukraine und die von Kiew verlangten Sicherheitsgarantien sowie über ein separates Abkommen zu einer europäischen Sicherheitsordnung beginnen. Territorialfragen sollten zunächst ausgeklammert werden. Vermutlich als Anreiz für die Ukraine, sich hierauf einzulassen – und wohl de facto auf die Krim und den Donbass zu verzichten –, stellt der italienische Plan der Ukraine eine beschleunigte EU-Aufnahme in Aussicht.

Eine solche ist aber offenkundig noch nicht EU-intern abgesprochen. So nannte der französische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Clément Beaune, für einen ukrainischen EU-Beitritt noch am Wochenende einen Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren. Alles andere seien unseriöse Versprechungen, so Beaune. Auch die Bundesregierung ist gegen eine Beschleunigung des Verfahrens für Kiew, Polen dagegen will nach Aussage seines Präsidenten Andrzej Duda einen möglichst schnellen Beitritt der Ukraine erreichen. Dafür werde er sich einsetzen, solange er Präsident sei, sagte Duda am Sonntag im ukrainischen Parlament. Seine Amtszeit geht noch bis 2025.

In Kiew wurde der italienische Friedensplan kritisch aufgenommen. Präsident Wolodimir Selenskij sandte widersprüchliche Signale, indem er einerseits ankündigte, die Ukraine werde sich »alles zurückholen«, andererseits aber, er würde es schon für einen Sieg seines Landes halten, wenn der Grenzstand vom 24. Februar wieder erreicht würde – also die Krim unter russischer Kontrolle und die »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk bestehen blieben. Präsidentenberater Michailo Podoljak erklärte, der italienische Vorstoß sei faktisch eine Rückkehr zum gescheiterten Minsk-Abkommen. Das komme für Kiew nicht in Frage. Er sagte am Sonntag der Agentur Reuters, die Ukraine schließe jeden Waffenstillstand mit Russland aus, solange damit territoriale Zugeständnisse verbunden seien.

Podoljak und andere ukrainische Politiker verlangten statt dessen mehr und stärkere Waffen vom Westen. Im Gespräch sind inzwischen US-Antischiffsraketen vom Typ »Harpoon« mit einer Reichweite von 300 Kilometern, um die russische Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen durchbrechen zu können. Kiew argumentiert hier »uneigennützig«: Nur über diese Häfen könne es seine Getreidevorräte exportieren und so einer weltweiten Hungerkrise vorbeugen. Außerdem verlangt die Ukraine Mehrfachraketenwerfer des Typs »Himars« und »Patriot«-Flugabwehrraketen. Vergangene Woche hatte der US-Senat ein 40-Milliarden-Dollar-Paket für die Ukraine verabschiedet, von dem der größte Teil für Rüstungslieferungen vorgesehen ist. Allerdings gibt es in Teilen der US-Eliten offenbar auch Bedenken gegenüber dieser hemmungslosen Aufrüstungspolitik. Am Freitag veröffentlichte die New York Times einen Leitartikel zur Washingtoner Ukraine-Politik. Darin nennt die Zeitung deren Ziele unklar, schlecht durchdacht und potentiell gefährlich für die Sicherheit der Vereinigten Staaten. Die Autoren, die dem Editorial Board der New York Times angehören, zitieren darin auch die Direktorin der nationalen Nachrichtendienste, Avril Haines. Diese hatte vor kurzem vor dem Streitkräfteausschuss des Senats erklärt, der Krieg in der Ukraine könnte »eine unvorhersehbarere und potentiell eskalierende Entwicklung nehmen«. Dadurch steige auch das Risiko eines Atomkriegs. Der Artikel argumentiert auch damit, dass das öffentliche Interesse in den USA am Ukraine-Konflikt allmählich schwinde sowie Sorgen wegen der Inflation im Vordergrund stünden – und US-Präsident Joseph Biden müsse im November eine knappe Mehrheit im Kongress verteidigen. Die Autoren schließen mit der Empfehlung an die Regierung, sich gut zu überlegen, bis zu welcher Grenze sie die Ukraine aufzurüsten bereit sei. Denn ein vollständiger militärischer Sieg Kiews sei »unrealistisch«.

In der Ukraine setzen russische Truppen derweil ihren allmählichen und offenbar von starkem Artilleriefeuer unterstützten Vormarsch in Teilen des Donbass fort. Inzwischen stehe die Industriestadt Sewerodonezk pausenlos unter Feuer, teilte der ukrainische Regionalgouverneur Sergej Gajdaj mit. Seit dem Wochenende ist eine von zwei Brücken, die Sewerodonezk mit dem benachbarten Lyssytschansk verbinden, eingestürzt, was auch die Beweglichkeit ukrainischer Truppen behindert. Russische Truppen stoßen in der Region Dorf für Dorf auf die als Verkehrsknotenpunkt wichtige Stadt Bachmut vor und versuchen, die letzte Zufahrtsstraße nach Sewerodonezk zu blockieren. Bachmut liegt bereits auf dem Gebiet des Bezirks Donezk. Derzeit stehen die Russen nach Angaben aus Kiew etwa zehn Kilometer vor der Stadt. Zudem bringt russischer Raketenbeschuss den ukrainischen Streitkräften offenbar nach wie vor schwere Verluste bei. Die Zahl der toten Soldaten nach einem Angriff auf ein militärisches Ausbildungszentrum im Bezirk Tschernigiw nordöstlich von Kiew stieg nach ukrainischen Angaben inzwischen auf 87.

.) **Lage im Donbass „sehr schwierig“** „Der ukrainische Verteidigungsministerium meldet heftige Kämpfe im Donbass. US-Präsident Biden fordert mehr Unterstützung für die Ukraine : <https://www.blick.ch/ausland/ukraine-krieg-selenskyj-lage-im-donbass-sehr-schwierig-id17490002.html> - Die Zerstörung in Bachmut durch russische Truppen ist verheerend.

Die russischen Streitkräfte versuchen laut der ukrainischen Regierung, mit heftigen Bombardierungen Schlüsselpositionen im Osten der Ukraine zu erobern. Die Lage im Donbass sei sogar „extrem schwierig“, da die Russen versuchten, „alles Lebende zu eliminieren“, sagte der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski in der Nacht zum Dienstag. Russland versucht demnach die Städte Sewerodonezk und Lyssytschansk einzukreisen. Das Verteidigungsministerium berichtete von heftigen Kämpfen um Bachmut.

Der Fall von Bachmut in der Region Donezk würde den russischen Truppen die Kontrolle über einen entscheidenden Knotenpunkt verschaffen, der derzeit als Kommandozentrale für einen Großteil der ukrainischen Kriegsanstrengungen im Osten dient. „Wir haben einen Punkt erreicht, an dem wir dabei sind, Evakuierungen zur Pflicht zu machen“, erklärte der Leiter der Militärverwaltung von Bachmut, Serhij Kalian.

Der Gouverneur von Luhansk, Serhij Gajdaj, berichtete hingegen von so schwerem Beschuss in Sewerodonezk, dass Evakuierungen unmöglichen seien. „Eine solche Dichte des Beschusses wird es uns nicht erlauben, die Menschen in aller Ruhe zu sammeln und sie zu holen“, erklärte er auf Telegram.

.) **„Lebenslänglich“ für russischen Soldaten: Mit den Waffen des Rechts** „Das Urteil gegen einen Soldaten wegen Kriegsverbrechen ist kein billiges ukrainisches Manöver. Auch in Russland könnte es etwas in Bewegung bringen:

<https://taz.de/Lebenslaenglich-fuer-russischen-Soldaten/!5853564/> -

Lebenslange Haft – so lautet **das Urteil eines ukrainischen Gerichts gegen einen russischen Soldaten** wegen eines Kriegsverbrechens. Mit diesem Verfahren bekommen menschliche Abgründe und Tragödien, die seit drei Monaten den Kriegsalltag prägen und ihren Ausdruck meist nur in anonymen Statistiken finden, reale Gesichter: Auf der einen Seite ein 62-jähriger Zivilist, der, zur falschen Zeit am falschen Ort, kaltblütig erschossen wurde. Auf der anderen Seite ein geständiger 21-Jähriger, der, offenbar aus Angst, an die Ukrainer verraten und wegen Befehlsverweigerung zur Rechenschaft gezogen zu werden, zum äußersten Mittel griff.

Die Frage ist, ob von diesem Prozess eine Art Signalwirkung ausgehen könnte.

Mehrere Aspekte verdienen Beachtung: So hat der Anwalt des Verurteilten angekündigt, in Berufung zu gehen. Unabhängig davon, wie der Gang vor die nächsthöhere Instanz ausgeht, lässt dieses Prozedere darauf schließen, dass dieser Prozess rechtsstaatlichen Kriterien folgt und die Rechte des Angeklagten gewahrt werden.

Das dürfte all diejenigen Lügen strafen, die in dem Verfahren ein billiges Manöver sehen – getreu dem Motto: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Dazu passt auch die Einlassung der Witwe des Opfers, die, nach dem Strafmaß gefragt, auch einen Austausch des Täters gegen die gefangenen ukrainischen Soldaten aus dem Asow-Stahlwerk in Mariupol nennt. Rachegefühle sehen anders aus.

Auch in der russischen Öffentlichkeit könnte der Prozess, den selbst staatliche Medien vermelden, etwas in Bewegung bringen: So sieht sie also aus, die „Spezialoperation“ – ein grausamer Krieg, der so nicht genannt werden darf. Soldaten, auch wenn sie am untersten Ende der Befehlskette agieren, werden für ihr Tun zur Verantwortung gezogen.

.) 70 Jahre Baden-Württemberg - Wie die Proteste von Wyhl die Demokratie in Baden-Württemberg geprägt haben : <https://www.badische-zeitung.de/wie-die-proteste-von-wyhl-die-demokratie-in-baden-wuerttemberg-gepraegt-haben> -

Mit 350 Bildern und ergänzendem Online-Angebot blickt die Landeszentrale für politische Bildung auf die Geschichte des Landes Baden-Württemberg anlässlich seines 70. Geburtstags zurück. Gesellschaftliche Modernisierung, Liberalisierung, kultureller Wandel, technischer Fortschritt und eine grundlegende Demokratisierung sind Themen, die das Buch beleuchtet. Zur Freude von Vogtsburgs Bürgermeister Benjamin Bohn hat sich die Landeszentrale die Wilhelm-Hildenbrand-Schule in Oberrotweil als Ort der Präsentation ausgesucht. "Willkommen zu einer kleinen Geburtstagsfeier für unser Baden-Württemberg", sagte Bohn, der in der Wahl des Ortes eine Wertschätzung des ländlichen Raums sah.

Der Bildband "BaWü 1952 – 2022 Menschen, Geschichten, Ereignisse" hat 240 Seiten, ist multimedial angelegt und kann für 18 Euro bei der Landeszentrale für politische Bildung bestellt werden.

Siehe auf der Webseite unter

<https://www.lpb-bw.de/>

Die wissenschaftliche Aufarbeitung

"Beim Rückblick auf die Proteste gegen die Kernenergie in Wyhl geht es auch um bundesdeutsche Demokratieggeschichte", erläuterte Umwelthistoriker Frank Uekötter von der Universität Birmingham. Zunächst sei ein Atomkraftwerk (AKW) mit vier Reaktoren und einer Leistung von 5200 Megawatt in Breisach geplant gewesen,

damals eines der größten weltweit. "Das war Anfang der 1970er Jahre der Versuch, ein Ruhrgebiet am Oberrhein zu entwickeln." Interessant sei, sagte der Geschichtspräsident, dass am Oberrhein grenzüberschreitend drei von vier Großprojekten erfolgreich verhindert werden konnten, einzig das AKW in Fessenheim wurde gebaut. An anderen Orten wie Brokdorf oder Grohnde wurde, trotz zum Teil eskalierender Proteste, gebaut. Noch heute machten die Bilder vom damaligen Protest einen Großteil der Magie von Wyhl aus, ist Uekötter überzeugt. Wichtig sei aber auch, dass sich der Protest verstetigt habe. Väter des Erfolgs seien die "stillen Helden der Verhandlungsdemokratie" gewesen. "Wyhl war ein Fanal, so großartig kann Demokratie sein. Funktioniert hat der Protest aber nur einmal."

Die Zeitzeugen

"Ich bin dankbar, dass hier der Protest in den Kontext der Demokratiegeschichte gestellt wird", betonte Reinhold Weber, stellvertretender Leiter der Landeszentrale, der gemeinsam mit Maïke Hausen die Podiumsdiskussion moderierte. "Wir Winzer wussten anfangs gar nichts über die Gefahren der Atomkraft", berichtete Günter Sacherer von den Anfängen der Protestbewegung. "Was uns aber Sorgen bereitete, war der Nebel, der von den Kühltürmen ausgehen sollte." Damit hätte man bei Inversionswetterlage um die Hälfte weniger Sonne gehabt, "Weinbau wäre unmöglich geworden". Erst später sei man auch über Gefahren der Atomkraft informiert worden. "Zuvor hatten wir nichts an der Obrigkeit auszusetzen." Eine der damals Protestierenden war Irmgard Beckert. "Wir Studenten haben Broschüren herausgegeben, die die Gefahren der Atomkraft verständlich erklärten." Besonders beeindruckt hätten sie damals die älteren Frauen in der Region, "sie waren wichtige Vorbilder, in Wyhl habe ich gelernt, mich zu wehren". An den damaligen Zwiespalt in der Bevölkerung erinnerte Bernd Nössler: "Damals gab es ja auch eine AKW-Euphorie, jeder sollte sein mit Strom beheiztes Schwimmbad bekommen." Viele hätten sich auch nicht getraut, etwas offen dagegen zu sagen, jemand hätte ja das hören können. Manche Nachbarn hätten seinerzeit wegen seiner Ablehnung sogar die elterliche Bäckerei in Wyhl boykottiert und oft habe man gesagt 'wenn wir es nicht bauen, dann bauen es die Franzosen'.

Die Einordnung

"Die Situation am Oberrhein war speziell", erläuterte Politologin Ulrich Eith von der Universität Freiburg. "Frankreich durfte zum Beispiel das Rheinwasser zum Kühlen eines AKW nutzen, die deutsche Seite nicht." Die Kühlnebel hätten aber damals den Weinbau stark eingeschränkt, daher seien die ersten Proteste entstanden, obwohl die Menschen hier eigentlich nicht sehr politisch waren. Doch durch das folgende "soziale Miteinander entwickelte sich auch so etwas wie zivilgesellschaftliches Expertentum". Man sei nicht beim Protest stehen geblieben, vielmehr hätten sich in der Folge auch Institutionen wie das Öko-Institut gegründet. Ebenfalls ein besonderes Momentum am Oberrhein sei die gemeinsame Sprache mit den

Nachbarn im Elsass und der Nordschweiz gewesen, so Eith.

Auf beiden Seiten des Rheins habe es die gleichen Konflikte gegeben, da sei durch den Protest ein trinationales Miteinander entstanden, das etwa in der gemeinsamen Erklärung der 21 Bürgerinitiativen im August 1974 Ausdruck gefunden habe.

.) Frankreich: ITER - Saubere Kernfusion schon jetzt vor dem Aus? Ein großes Problem absehbar : <https://www.futurezone.de/science/article328799/saubere-kernfusion-schon-jetzt-vor-dem-aus-ein-grosses-problem-absehbar.html> -

Die Vorbereitungen für eine saubere Kernfusion laufen auf Hochtouren. Parallel zeichnet sich jedoch ein Ressourcen-Problem ab, welches die ganze Idee zunichtemachen könnte.

Für eine saubere Kernfusion werden seit geraumer Zeit Tritium und Deuterium als besonders vielversprechend angenommen. Doch bis das erste Kraftwerk für die Energiegewinnung durch die Fusion beider Stoffe fertiggestellt ist, kann es bereits zu spät sein.

Kernfusion vom Ressourcen-Mangel bedroht

Aktuell befindet sich in Frankreich das Kernkraftwerk ITER im Bau, welches den vergleichsweise sauberen Fusionsprozess mit den beiden Wasserstoff-Isotopen Tritium und Deuterium gewährleisten soll. Damit ließe sich brodelndes Plasma produzieren, welches genug Energie für abertausende Haushalte bereitstellt, wie wired erklärt.

Doch gerade sieht es so aus, als würde das französische Atomkraftwerk ITER nach Fertigstellung nicht genug von einem der beiden Wasserstoff-Isotope haben, um überhaupt in Gang gesetzt zu werden. Aktuell befinden sich weniger als 20 Kilogramm von Tritium auf der Erde. Vorher war dieses vor allem bei Atomwaffentests entstanden und erreichte damit schon 1960 seinen Höhepunkt. Zum aktuellen Zeitpunkt entsteht Tritium lediglich durch einen äußerst speziellen Fusionsprozess, der jedoch durch immer weniger Kraftwerke bereitgestellt werden kann. Lediglich 30 Kraftwerke dienen aktuell zur Herstellung des Wasserstoff-Isotops – Tendenz sinkend.

Halbwertszeit verschlimmert den Effekt

Eigentlich ist es ein großer Vorteil: Tritium hat eine Halbwertszeit von nur 12,3 Jahren. Im Zusammenhang mit dem immer noch andauernden Bau des Atomkraftwerks ITER heißt das aber, dass der sowieso schon knappe Vorrat des Isotops noch weiter sinkt, bis die Anlage überhaupt in Kraft treten kann.

Ohnehin kritisieren Gegner der Fusionsenergie, dass eine saubere Kernfusion nicht auf Elementen wie Tritium fußen solle, die durch eine „schmutzige Fusion“ entstehe. Im Falle von ITER ist nun grundlegend fraglich, ob das seit Jahren hinter dem Plan stehende Kraftwerk überhaupt im erdachten Ausmaß in Betrieb genommen werden

kann. Als Kandidat zur Kompensation dieses Dilemmas wird die „Tritium-Zucht“ gehandelt, die auch in ITER stattfinden sollte. Da das Kraftwerk aber schon wesentlich mehr kostet als ursprünglich veranschlagt, wurde dies vorerst depriorisiert.

Die Idee der Tritium-„Zucht“: Ein Fusionsreaktor soll mit einer Art Mantel aus Lithium-6 umgeben werden. Entschlüpft dann ein Neutron diesem Reaktor und trifft es auf das Lithium-6 soll dabei wieder Tritium produziert werden. Dieses kann dann extrahiert und wieder in den Reaktor eingespeist werden. So würde man bei der Verbrennung direkt wieder „Feuerholz“ für die Kernfusion produzieren.

Alternativen: Fusionsenergie mit Helium-3

Die „Zucht“ von Tritium steckt jedoch noch in ihren Kinderschuhen. ITER wird, sofern es fertiggestellt ist, eher auf kleine Versuchsaufbauten zurückgreifen. Statt eines ganzen Mantels aus Lithium-6 werden sich einzelne Ports an dieser Methode versuchen. Es gibt auch weitere theoretische Methoden Tritium herzustellen, welche jedoch vor allem in Sachen Kosten als ineffektiv eingestuft werden.

Allerdings sei gesagt, dass Tritium nach besagten 12,3 Jahren Halbwertszeit zu Helium-3 zerfällt. Jener Stoff wird ebenfalls in der Forschung groß für eine saubere Kernfusion gehandelt. Erst neulich haben Wissenschaftler*innen überraschende Helium-3 Vorräte in der Erdatmosphäre entdeckt.

.) Zustand der Nuklearindustrie in F - Und wenn der Blackout tatsächlich eintreten sollte, dann wars natürlich der R... <https://www.heise.de/tp/features/Die-perfekte-Ausgangslage-fuer-einen-Atom-Blackout-in-Frankreich-7102165.html> - Die perfekte

Ausgangslage für einen Atom-Blackout in Frankreich. Zu den sich ausweitenden Korrosionsproblemen kommt schon im Mai die erwartete Knappheit von Kühlwasser hinzu, was zeigt, dass sich Klimawandel und Atomkraft nicht vertragen

Die Lage im Atomstaat Frankreich spitzt sich dramatischer zu. Was [als "Katastrophe in der Stromversorgung" erwartet](#) wurde, nimmt nun immer deutlichere Konturen an. Ohnehin hatte niemand, der oder die sich einigermaßen ernsthaft mit der Lage im Atomstromland beschäftigt hatte, dem staatlichen Energiekonzern EDF die sehr positiven Prognosen für die Stromerzeugung – trotz des altersschwachen Atomparks – für das laufende Jahr abgenommen.

Die konnte auch die EDF nicht länger vertreten. Der Konzern, der sich zu 85 Prozent in Staatshand befindet, musste am Donnerstag erneut eine eigene absurde Prognose kassieren. Dabei war das Produktionsziel schon im Februar für das Jahr 2022 auf ein neues Rekordtief von 295 bis 315 Terawattstunden (Twh) [gesenkt](#) worden, wofür verlängerte Sicherheitsinspektionen in den Atommeilern verantwortlich gemacht wurden.

Zuvor war man sogar noch von einem Erzeugungsziel von 300 bis 330 TWh

ausgegangen. Während man die Halbwertszeiten bei Verfall von radioaktiven Stoffen kennt, nimmt die Halbwertszeit der EDF-Prognosen derweil immer schneller ab. Nun erwartet der Energieriese nur noch eine Produktion zwischen 280 bis 300 Twh im laufenden Jahr.

.) KURDENSOLI: Erdoğan's Schweden-Karte : <https://taz.de/Zwist-um-Nato-Beitritt!/5853549/> -Stockholm will in die Nato, doch Ankara droht den Beitritt zu blockieren. Hintergrund ist eine angebliche Kooperation mit der kurdischen PKK -Sozialdemokraten (...) schlossen (eine schriftliche Vereinbarung), in der sie sich verpflichteten, „unserer Schwesterpartei HDP im Kampf für die Rechte der Kurden beizustehen“, und versprachen von Ankara „die Freilassung des Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş zu fordern“. Man werde auch die „Zusammenarbeit mit der Demokratischen Unionspartei PYD vertiefen“, die eine „tragende Rolle“ bei der Verwaltung der autonomen Kurdenregion Rojava im nordöstlichen Syrien innehatte und „ein legitimer Partner ist“ heißt es da. Würden „bestimmte staatliche Akteure“ die „Freiheitskämpfer der YPG/YPJ oder HDP als Terroristen einstufen“, so sei das „völlig inakzeptabel“.

Sechs Monate später erpresst genau so ein „staatlicher Akteur“ in Gestalt des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan die Regierung in Stockholm.

Kommentar Alexander Zumach:

Den Erpressern nicht nachgeben

<https://taz.de/Tuerkei-Blockade-bei-Nato-Norderweiterung/15856224/>

.) Russland verschärft Ost-Offensive, „Nach Angaben aus Kiew führen russische Truppen schwere Kämpfe um die Großstadt Sjewjerodonezk. Schröder lehnt Nominierung für Aufsichtsratsposten bei Gazprom ab:

<https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-/15857171/>

Im Osten der Ukraine sind die russischen Truppen nach Angaben aus Kiew zur Offensive übergegangen und führen schwere Kämpfe um die Großstadt Sjewjerodonezk. „Mit Hilfe von Artillerieunterstützung führen die russischen Okkupanten einen Angriff auf die Ortschaft Sjewjerodonezk, die Kämpfe halten an“, teilte der ukrainische Generalstab am Mittwochmorgen in seinem Lagebericht mit. Neben Sjewjerodonezk ist auch die nahe gelegene Stadt Lyman Ziel der russischen Attacken. Auch hier werde die Bodenoffensive durch Luftangriffe und Artillerie unterstützt. Daneben meldete der Generalstab Gefechte aus dem Raum Bachmut südwestlich von Sjewjerodonezk. Russische Truppen hätten die Ortschaften Komyschuwacha, Jakowliwka und Troitzke angegriffen, sich aber nach Verlusten

wieder zurückgezogen. Im Raum Awdijiwka gebe es ununterbrochenes Artilleriefeuer auf die Stellungen der Verteidiger.

An anderen Frontabschnitten war es dem Lagebericht nach ruhiger. So gab es nördlich von Charkiw lediglich vereinzelte Gefechte um die Ortschaft Ternowo. Im Raum Slowjansk, das als strategisches Ziel der Russen gilt, wurden nur wenige erfolglose Angriffsversuche unternommen. Im Süden der Ukraine gibt es keine größeren Kämpfe.

Schröder lehnt Nominierung für Aufsichtsratsposten bei Gazprom ab

[Altkanzler Gerhard Schröder](#) lehnt die Nominierung für einen Sitz im Aufsichtsrat des russischen Gasriesen Gazprom ab. „Auf die Nominierung in den Aufsichtsrat von Gazprom habe ich schon vor längerer Zeit verzichtet. Dieses habe ich dem Unternehmen auch mitgeteilt“, teilte der SPD-Politiker am Dienstagabend über das Netzwerk LinkedIn mit. „Insofern wundere ich mich über heute neu erschienene anderslautende Berichte.“

Zuvor hatte Reuters berichtet, dass seine Nominierung noch aktuell sei. Der russische Staatskonzern nominierte am Dienstag Landwirtschaftsminister Dmitry Patruschew für einen Sitz im Aufsichtsrat. Im Februar hatte das Unternehmen Schröder als neues Mitglied in dem Gremium vorgeschlagen. Dem SPD-Politiker werden enge Bindungen zu Russland vorgeworfen, die Parteispitze hat ihn zum Austritt aus der SPD aufgefordert. Schröder ist mit dem russischen Präsident Wladimir Putin persönlich befreundet. Putin ist die treibende Kraft hinter dem Angriff auf die Ukraine.

Ungarns Regierung erklärt den Notstand

Ungarns Regierung erklärt wegen des Krieges in der Ukraine von Mittwoch an den Notstand. Das kündigt Ministerpräsident Viktor Orban in einem Facebook-Video an. Er sagt, sein Kabinett benötige den Handlungsspielraum unter dem Notstand, um rasch auf die Herausforderungen durch den Krieg reagieren zu können. Unter dem Notstand ist es der Regierung möglich per Dekret zu regieren.

Oligarchen-Vermögen im Wert von 10 Milliarden Euro in EU eingefroren

[Russische Oligarchen](#) haben im Laufe des Ukraine-Kriegs Zugriff auf Luxusjachten, Immobilien und andere Vermögen im Wert von knapp 10 Milliarden Euro verloren. Dies geht nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur aus Zahlen der EU-Kommission hervor. Am 8. April lag der Wert noch bei 6,7 Milliarden Euro. Die EU-Kommission will an diesem Mittwoch einen Gesetzesvorschlag vorlegen, der es ermöglichen soll, eingefrorenes russisches Geld zu beschlagnahmen. Dieses Geld könnte dann für den Wiederaufbau der Ukraine genutzt werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte am Dienstag: „Wir sollten dafür jeden Stein umdrehen – wenn möglich auch russische Vermögenswerte, die wir eingefroren haben.“



sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,
diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- LNG (verflüssigtes Erdgas) – moralisch furchtbar und grausam
- Geplante Erdölförderung im Wattenmeer
- Geplante CO2-Endlager in der Nordsee
- Jahreshauptversammlung
- Freiwillige Mitgliedsbeiträge

LNG (verflüssigtes Erdgas) – moralisch furchtbar und grausam

Wie der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, gerade öffentlich erklärte, ist das Leerkaufen des internationalen LNG-Marktes durch Deutschland "moralisch furchtbar" und "grausam", aber bevor es in Deutschland eine Notlage gibt, bezahlen wir mehr als Drittländer - Germany First:

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Schnappen-wir-dem-globalen-Suedenwichtige-Gueter-weg,audio1130014.html> -

Deutschland wird mit neuen LNG-Terminals die Schwellen und Entwicklungsländer in eine noch tiefere Armut stürzen und Hunger und politische Instabilität sähen. Das ist eine besonders perfide Form des Neokolonialismus, bei der die Mächtigen (bzw. reichen Staaten) ihren eigenen Wohlstand zu Lasten der Armen, der Umwelt und des Klimas zu sichern versuchen. Aber auch in Deutschland wird der Bau von LNG-Terminals mit Vertragslaufzeiten über 20 Jahre und mehr für den Bezug zu dauerhaft erhöhten Energiekosten und damit zu einem Anstieg der Armut führen. Wir sehen gerade in Spanien, wie die hohen Kosten für Gasimporte die günstige Energieversorgung durch EE zunichtemachen. Die Bundesregierung und die Landesregierung von SH sollten sich gegen LNG und für Energieeinsparung und den Ausbau der EE einsetzen. Die steigenden Gaspreise könnten in Europa 250 Mrd. Euro mehr kosten, als bisher von der EU veranschlagt. <https://emberclimate.org/insights/research/the-eus-e250-billion-gas-gamble/>

Es gibt eine weitere Studie von einer Beraterfirma der Industrie zum aktuellen

Bedarf an neuen LNG-Terminals in Europa <https://www.artelys.com/wpcontent/uploads/2022/05/Artelys-Russian-gas-phase-out-Briefing-note.pdf> .

Demnach gibt es lediglich im Bereich von Finnland/dem Baltikum Bedarf an einem neuen LNG-Terminal, jedoch nicht in Deutschland.

Es gibt auch keine Antwort auf die Frage an die Bundesregierung zum Gasbedarf der

chemischen Industrie:

Die Bundesregierung hat keine Daten. Alle derzeitigen Aktionen erfolgen ohne Datenbasis: <https://fragdenstaat.de/anfrage/energieverbrauch-der-deutschenpetrochemischen-industrie-1/>

Das Energiewendeministerium in Schleswig-Holstein hat ebenfalls keine Daten zum LNG-Bedarf für Deutschland, der nicht über andere bereits bestehende LNG-Terminals in unseren

Nachbarländern gedeckt werden kann. Es gibt keine „Notwendigkeit“ für neue fossile Infrastruktur, lediglich explodierende Kosten, Abhängigkeit und Förderung von Klimakrise, Umweltzerstörung, Krieg, Völkermord, Terrorismusfinanzierung sowie den Abbau von demokratischen Rechten.

Die Entwicklung des Standortes Brunsbüttel wird durch die unendliche Geschichte der Planung für das LNG-Terminal blockiert.

Die sich bereits seit vielen Jahren hinziehende Planung für ein LNG-Terminal verhindert die weitere Entwicklung des Industriestandortes Brunsbüttel. Die Nachfrage nach Flächen am Standort übersteigt das Angebot um ein Vielfaches, wie Frank Schnabel, Chef der Werkleiterrunde, bestätigte. Zudem sind auf 5 ha bestem Industriestandort lediglich 70 dauerhafte Arbeitsplätze geplant. In Schönkirchen entstehen in einem vergleichbaren Gewerbegebiet über 500 Arbeitsplätze.

Mit dem am 20.05.2022 vom Bundesrat bestätigten LNG-Beschleunigungsgesetz soll nicht nur auf eine UVP bei schwimmenden LNG-Terminals verzichtet, sondern auch die demokratischen Beteiligungsrechte massiv eingeschränkt werden. Am Beispiel des in Brunsbüttel geplanten LNG-Terminals kann man erkennen, dass die Verzögerungen beim Bau nicht an den Umweltverbänden liegen. Vielmehr wurde der am 30.06.2021 eingereichte Antrag zur Errichtung der LNG-Hafenanlage in Brunsbüttel bis heute nicht ausgelegt. Die Verzögerung liegt an der Industrie bzw. den zuständigen Behörden. Der jetzt beschlossene weitere Abbau demokratischer Rechte kann die Verzögerungen durch Industrie und Behörden nicht beseitigen, schadet aber Umwelt und Demokratie.

Damit sich der Landtag mit einem Stopp des LNG-Terminals beschäftigen muss,

benötigen wir 2000 Unterstützer unserer Petition. Bitte mitzeichnen und teilen!

<https://www.landtag.ltsh.de/oepetition/petitionsdetails?id=601>

Geplante Erdölförderung im Wattenmeer

Die Erdölförderung im Wattenmeer erhält immer mehr politische Unterstützung. Aber auch der Widerstand wächst:

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutscheumwelt-hilfe->

[schutzstationwattenmeer-](#)

[und-wwf-fordern-keine-neuen-oelbohrungen-im-wattenmeer/](#)

Einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet die Ölförderung der Mittelplate nicht. Sie trägt lediglich ein Prozent zum deutschen Ölverbrauch bei. Die neuen Bohrungen könnten bestenfalls zu einer Verdopplung dieser Mengen führen. Durch Energieeinsparmaßnahmen könnte dies viel einfacher substituiert werden, ohne das Weltnaturerbe Wattenmeer in seiner Existenz zu gefährden. Zudem hat die Internationale Energie Agentur in einer Studie im vergangenen Jahr hervorgehoben, dass ab 2021 keine neuen Förderprojekte begonnen werden dürfen, um das 1,5-Grad-Limit einzuhalten.

Geplante CO2-Endlager in der Nordsee

Das Bundeswirtschaftsministerium muss in diesem Jahr das CCS-Gesetz evaluieren. Bei der Gelegenheit soll eine Strategie für das Speichern und Nutzen von CO2 entwickelt werden – falls die hausinternen Personalkapazitäten es denn zulassen. Hilfestellung geben könnte ein runder Tisch mit Stakeholdern aus allen Teilen der Gesellschaft. <https://www.genios.de/pressearchiv/artikel/TSP/20220520/unter-die-erde/doc7l2aj8svmuq15hsbm72i.html>

[doc7l2aj8svmuq15hsbm72i.html](#)

Das von den Grünen geführte Bundeswirtschaftsministerium will das unpopuläre Thema der Nutzung und geologischen Speicherung von CO2 (CCUS) strategisch angehen. Die

Bundesregierung kündigte an, die Verpressung des CO2 unter die Nordsee zu prüfen und stellte finanzielle Hilfe für erste Großprojekte in Aussicht.

LNG, Ölförderung (und Erdgasförderung in Niedersachsen) im Wattenmeer und CCS sind die Pfeiler, auf der unsere zukünftige Energiepolitik aufgebaut werden soll. Hingegen werden die

Erneuerbaren systematisch ausgebremst. Das ist jetzt amtlich: Der deutsche Gesetzgeber hat es verpasst, die von der EU beschlossene Erneuerbare-Energien-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Deshalb hat die EU am selben Tag, an dem der Bundestag das LNG-Beschleunigungsgesetz verabschiedet hat, ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Deutlicher lässt sich der Wahnsinn der deutschen Energiepolitik nicht beschreiben.

Jahreshauptversammlung

Wir planen die Jahreshauptversammlung in Enge-Sande am 31.08.2022 um 19:00 Uhr. Bitte den Termin schon einmal vormerken.

Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Bei der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde beschlossen, die Mitglieder der Bürgerinitiative um freiwillige Mitgliedsbeiträge zu bitten. Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Aufruf, einen freiwilligen, jährlichen Mitgliedsbeitrag*) zu leisten, gut angenommen wird. Dies gibt uns mehr Planungssicherheit für kommende Aktionen. Vielen Dank dafür!

*) Empfehlung: einfache Mitglieder 12 €; Gemeinden 150-300 €; Kreise 1500 €

Der Vorstand

Wir wünschen allen Gesundheit und einen ungebrochenen Kampfgeist für unsere gemeinsame Zukunft. Wir hoffen, dass wir uns zahlreich zu unserer Jahreshauptversammlung wieder sehen können.

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf

Jede Spende hilft!

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen und auf Wunsch erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19

BIC: GENODEF1BDS

bei der VR-Bank

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

https://twitter.com/ccs_stoppen

Hinweis: Unsere Newsletter enthalten meistens mehrere Links und werden deshalb von vielen Email-Anbietern als "Spam" markiert. Um dies zu verhindern, setze unsere Email-Adresse newsletter@keinco2endlager.de auf die Liste vertrauenswürdiger Kontakte. Dann landen die Newsletter nicht im Spam-Ordner, sondern im Posteingang.

Daten ändern, oder abmelden | [Online ansehen](#)

© Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.

.) Der beschwiegene Krieg : <https://www.jungewelt.de/artikel/427082.mittlerer-osten-der-beschwiegene-krieg.html> -

Seit April führt die türkische Armee eine Offensive gegen die PKK im Norden des Irak. In westlichen Medien liest man wenig darüber. In den Medien verschwiegen, von der Politik aktiv bekämpft. Auf die türkische Aggression gegen die PKK aufmerksam zu machen, ist in diesen Tagen in Deutschland nicht leicht (Berlin, 14.5.2022)

Tim Krüger ist

freier Journalist und arbeitet schwerpunktmäßig zur kurdischen Bewegung.

Während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Krieg in der Ukraine gerichtet ist, hat die türkische Regierung eine neue Welle von Angriffen in Kurdistan losgetreten. Am späten Abend des 17. April 2022 verkündete das türkische Verteidigungsministerium den Beginn einer neuen Offensive im Nordirak. Auch der Norden Syriens und das Sengalgebirge werden immer wieder von schweren Auseinandersetzungen erschüttert. Wie hat sich die türkische Aggression in den letzten Jahren entwickelt und warum ist der aktuelle Krieg für beide Seiten entscheidend?

Seitdem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1984 den Beginn des bewaffneten Kampfes verkündete, ist jeder neue Frühling gleichbedeutend mit einer neuen Runde der Auseinandersetzung zwischen der kurdischen Guerilla und der türkischen Armee. Mit dem Einsetzen der Schneeschmelze werden die Bergregionen im Nordirak und dem Südosten der Türkei zum Schauplatz heftiger Gefechte. Wie auch in den vergangenen Jahren hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan auch in diesem Jahr eine breit angelegte Militäroperation angeordnet. Dabei ist die jüngste Invasion der zweitgrößten NATO-Armee im Norden des Iraks, als Fortsetzung der Offensiven der vergangenen Jahre zu betrachten.

Seit 2018 hat die türkische Armee mehrfach vergeblich versucht, in die von der kurdischen Guerilla gehaltenen Gebiete im Nordirak einzudringen. Die unwegsame Bergregion zwischen dem iranischen, dem irakischen und dem türkischen Territorium dient den Guerillaverbänden der PKK, den Volksverteidigungskräften HPG, seit Jahrzehnten als Rückzugsort und Stützpunktgebiet. Für die PKK besitzen die Regionen, die sie selbst als Medya-Verteidigungsgebiete bezeichnet, eine wichtige strategische Bedeutung. Die Bergketten in Südkurdistan sind nicht nur für die Logistik und als Durchgang zu den Kampfgebieten im türkisch besetzten Norden des Landes wichtig, auch die politische und militärische Führung der kurdischen Freiheitsbewegung hat vermutlich in den abgelegenen Tälern und Gipfeln der Region ihren Sitz.

.) NGO-Referentin: Erdogans Krieg muss verhindert werden :

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/medico-referentin-es-ist-an-der-zeit-erdogans-krieg-streng-zu-verurteilen-li.229912> -

Der türkische Präsident

will eine Pufferzone im kurdisch kontrollierten Nordsyrien schaffen. Die NGO „medico international“ mahnt: Die internationale Gemeinschaft muss handeln. Während sich der türkische Präsident Erdogan als neutraler Vermittler im Ukraine-Krieg präsentiert, startete er Mitte April eine Militärintervention im Nordirak, die der Wissenschaftliche Dienst des Bundetags als völkerrechtswidrig einordnet. Er blockierte außerdem die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die Nato – mit der Begründung vermeintlicher „Terrorhilfe“ – und kündigte nun einen groß angelegten Angriff auf die autonom verwalteten kurdischen Gebiete in Nordost-Syrien an. Es scheint, als nutze Erdogan die fragile, geopolitische Lage, um erneut die kurdische Bevölkerung und ihre Autonomiebestrebungen zu bekämpfen, und auch um von innenpolitischen Schwierigkeiten in der Türkei abzulenken. Bald stehen Wahlen an. Die Umfragen deuten auf einen Verlust der AKP-Mehrheit. Erdogan wird wieder einmal davon ermutigt, dass nennenswerte öffentliche Kritik seitens seiner internationalen Partner ausbleibt. Die setzen andere Prioritäten. Am vergangenen Montag kündigte er im Rahmen eines öffentlichen Auftritts auf einer Militärwerft an der Ostküste des Marmarameers an, einen 30 Kilometer breiten Streifen entlang der Grenze Nordsyriens besetzen zu wollen. Er begründet dies mit einer vermeintlichen Bedrohung durch die von kurdischen Kräften gegründete Selbstverwaltung in Nordsyrien, die inzwischen ein Drittel Syriens ausmacht und in der ethnische und religiöse Minderheiten gleichberechtigt miteinander leben. Ein weiterer Grund für die Kriegsdrohungen: Anfang Mai verkündete Erdogan die Rückführung und Ansiedlung von einer Million syrischen Geflüchteten in eigens dafür angelegte „Siedlungen“ in Nordsyrien. Dafür wird Platz und ein zusammenhängendes Gebiet benötigt, das von Kurd:innen ethnisch gesäubert ist.

.) Krieg und das Ende der Zivilisation : ([norpd 85 m210g3.54 u:30783a1Mi](#) ·)

<https://www.facebook.com/christophsieber.kabarettist/posts/553658849465276-> Krieg erschüttert vor allem, wenn er vor der eigenen Haustüre stattfindet. Solange Kriege in weit entfernten Regionen stattfinden ist Krieg erträglich. Wir hier im Westen taugen nach 75 Jahren Frieden gar nicht mehr für den Krieg. Krieg gehört nach Afghanistan, in den Jemen, nach Syrien, Libyen und in den ganzen Nahen und Fernen Osten. Da gehört Krieg ja quasi zur Tradition, da ist das irgendeine Art von regionalem Brauchtum, weil die Leute dort schon immer aggro waren. Wo Waffen Dinge des täglichen Gebrauchs sind, wo Rumballern zum guten Ton gehört, dort ist Krieg nur halb so schlimm. Eigentlich sogar gut, weil sich damit ganz gut Geld verdienen lässt. Aber ein Krieg mitten in Europa?

Das ist empörend. Da ist der Westen schnell geeint in der Verurteilung eines derart

barbarischen, völkerrechtswidrigen Aktes. Und das ist richtig so!

Der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine ist der Rückschritt in die Barbarei des früheren Imperialismus.

Trotzdem bleiben ein paar Fragen, die wir beantworten müssen:

Warum musste die Nato bis in die Ukraine vordringen? Warum wurden den Avancen der Ukraine so viel Wohlwollen entgegen gebracht? Warum war es nicht möglich die Ukraine als Brücke zwischen West und Ost zu sehen?

War es nicht Michail Gorbatschow, der 1989 den Vorschlag des „Europäischen Hauses“ machte? War es nicht Boris Jelzin, der sogar in die Nato eintreten wollte? (Gut, er war nicht nüchtern, aber immerhin...)

War es nicht Russland, das in den letzten Jahren immer wieder darauf hinwies, dass man sich durch das Vordringen der Nato und das Eingreifen der USA in der Ukraine bedroht sieht? Sind nicht all diese Bemühungen, die von russischer Seite kamen, schlicht gekontert worden durch Nato-Erweiterungen, durch die EU-Erweiterungen bis an die Grenzen Russlands, durch die Unterstützung bunter Revolutionen bis hin zu Förderung der Übernahme der Ukraine durch die Maidanbewegung 2014?

Ist das Minsk2 Abkommen nicht durch die Ukraine blockiert worden?

Und war es im Februar 1990 nicht so, dass US-Außenminister James Baker und Staatschef Michail Gorbatschow vereinbarten, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausbreitet? Und hat nicht Außenminister Genscher dieses Versprechen gegenüber seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse bekräftigt?

Und sind nicht in den Jahren danach Litauen, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Kroatien, Tschechische Republik und einige mehr Mitglieder der NATO geworden, die doch – zumindest nach meiner Recherche – weiter östlich liegen als das vereinigte Deutschland?

Waren es nicht die USA, die 2002 aus dem ABM-Vertrag ausgetreten sind, und anschließend Raketenabwehrsysteme in Bulgarien und Polen installiert haben?

Waren es nicht Großbritannien und die USA, die 2003 einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak geführt haben?

Waren es nicht die USA unter Trump, die 2019 den Ausstieg aus dem INF-Abrüstungsabkommen mit Russland erklärt haben?

ALL DAS RECHTFERTIGT KEINEN EINMARSCH!

Aber ich frage mich schon: Hätte der Westen Putin vom Krieg abhalten können?

Hat es nicht sogar auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres Gespräche mit Selenskyi gegeben, um ihn davon zu überzeugen, auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verzichten? Und hat dieser den Wunsch nicht brüsk von sich gewiesen? Ob das alles den Krieg verhindert hätte? Ob Putin sich hätte überzeugen lassen, eine freie, demokratische Ukraine zu akzeptieren?

Wir werden es nie erfahren.

Aber die Frage, ob der Westen alles getan hat, um diesen Krieg zu verhindern, ist

eine Frage, die gerade im Angesicht der Kriegsverbrechen und der grausam ermordeten Zivilisten, gestellt werden muss.

Ich fürchte: wir werden darauf keine Antwort bekommen.

.) Streit um Schwedens und Finnlands Nahost-Politik: Nicht von Erdogan erpressen lassen – Syriens Kurden appellieren an Nato : <https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-schwedens-und-finnlands-nahost-politik-nicht-von-erdogan-erpressen-lassen-syriens-kurden-appellieren-an-nato/28365554.html> -

Der türkische Staatschef will die Skandinavier vor Nato-Beitritt zwingen, Nordsyriens kurdische Selbstverwaltung zu blockieren. Deren YPG befreite die Region vom IS. Die Anerkennung der säkularen Verteidigungskräfte YPG/YPJ in Syriens kurdischem Norden stört den türkischen Präsidenten Erdogan. AFP/Delil Souleiman; imago/Depo Photos; Gestaltung Tsp/Kostrzynski

Nordsyriens kurdische Autonomieregierung appelliert an die Nato-Führung, sich nicht von Ankara erpressen zu lassen. Schwedens und Finnlands avisierter Nato-Beitritt dürfe nicht auf Kosten der nordsyrischen Selbstverwaltung erfolgen. Nach Zugeständnissen an den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan würde dieser seinen Krieg gegen die kurdische Autonomiebewegung intensivieren.

[Alle aktuellen Nachrichten zum russischen Angriff auf die Ukraine bekommen Sie mit der Tagesspiegel-App live auf ihr Handy. [Hier für Apple- und Android-Geräte herunterladen.](#)]

„Ein Kniefall vor Erdogan wird die Bemühungen um eine friedliche Lösung in Syrien torpedieren“, sagte Khaled Davrisch, der Vertreter der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien in Berlin, dem Tagesspiegel. „Das türkische Regime hält gemeinsam mit dschihadistischen Verbündeten schon heute zahlreiche Orte in Syrien besetzt und bombardiert regelmäßig unsere Städte.“

Gebe der Westen nun nach und reduziere die humanitäre Hilfe vor Ort, käme dies einer Kapitulation gleich. „Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, sich nicht in diese Politik der Türkei hineinziehen zu lassen, die darauf abzielt, die Nato zu kontrollieren und die Völker der Region zu schädigen“, sagte Davrisch.

Dass sich Erdogan in der Ukraine-Krise ermutigt fühle, zeige sich auch daran, dass seine Armee mit Kampfflugzeugen kilometertief nach Griechenland vorgedrungen sei. Gemeint sind Überflüge der türkischen Luftwaffe in der Nähe des Hafens von Alexandroupolis. Griechenland, wie die Türkei ein Nato-Staat, legte am Freitag offiziell Beschwerde wegen Verletzung seines Luftraums ein.

.) Türkei plant neuen Krieg gegen Kurden : <https://www.jungewelt.de/artikel/427154.nato-mitglied-t%C3%BCrkei-plant-neuen-krieg-gegen-kurden.html> - Bei der Demonstration in

Istanbul gegen den türkischen Angriffskrieg in Südkurdistan kam es am Sonntag zu mehr Festnahmen als zunächst bekannt. Knapp fünfzig Personen wurden in Gewahrsam genommen, gegen 17 von ihnen laufen Anzeigen. Im Zusammenhang mit der [Demonstration](#) „Nein zum Krieg – Frieden jetzt sofort“ in der westtürkischen Metropole Istanbul sind am Sonntag mehr Personen festgenommen worden als zunächst bekannt. Insgesamt nahm die Polizei 48 Teilnehmende des Protests in Gewahrsam und brachte sie in das als Folterzentrum berüchtigte Präsidium Vatan im Bezirk Fatih. 31 der Betroffenen wurden nach einem polizeilichen Verhör noch in der Nacht zum Montag freigelassen, gegen siebzehn weitere wurden Anzeigen aufgenommen.

Aufgerufen zu der Demonstration, die am Nachmittag im zentralen Stadtteil Beyoğlu stattfand, hatte ein Bündnis aus Frauengruppen sowie verschiedenen Parteien, die unter dem Dach der HDP vereint sind. Der Protest richtete sich gegen den [Angriffskrieg der Türkei in Südkurdistan](#), gefordert wurde die umgehende Einstellung der Invasion. Die Polizei ging teilweise gewaltsam gegen Teilnehmende der Veranstaltung vor, auch Parlamentsabgeordnete waren von den Übergriffen betroffen. Unter den Festgenommenen waren auch der Politiker Şahin Tümüklü, Ko-Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Unterdrückten (ESP), sowie der Rechtsanwalt Veysi Eski, der im Juristenverein ÖHD organisiert ist.

Veysi Eski gehörte wie der Ko-Vorsitzende des HDP-Kreisverbands im Bezirk Kadıköy, Koray Türkay, zu den siebzehn Personen, die am Montag von der Polizeihaft heraus an ein Istanbuler Gericht überstellt worden sind. Als Grundlage für die Anzeigen nannte die Polizei Verstöße gegen das türkische Versammlungsgesetz Nummer 2911 sowie den Verdacht der „Terrorpropaganda“. Ob und wann Anklage erhoben wird, ist noch unklar. Nach einem staatsanwaltlichen Verhör wurden Eski und Türkay als einzige aus der Gruppe mit einem Antrag auf Erlass von Meldeauflagen von einem Richter vernommen. Dieser setzte die Männer allerdings auf freien Fuß, ohne der Forderung nachzukommen.

.) Rumänien will Atomkraft-Kooperation mit USA vertiefen :

<https://www.euractiv.de/section/all/news/rumaenien-will-atomkraft-kooperation-mit-usa-vertiefen/> -

Rumänien ist das einzige europäische Land mit nordamerikanischer Nukleartechnologie, will seine strategische Partnerschaft mit den USA ausbauen, sagte Premierminister Nicolae Ciucă nach einem Treffen mit dem stellvertretenden Sekretär des US-Energieministeriums David M. Turk im Victoria-Palast in Bukarest. Wir brauchen neue Energiequellen, und es herrscht ein politischer Konsens über die Entwicklung von Nuklearprojekten“, fügte er hinzu. Der Bau des dritten und vierten Reaktors im Atomkraftwerk Cernavodă und die notwendigen Wartungsarbeiten am AKW-Block 1 stellen somit notwendige Schritte dar, um das Niveau zu erreichen, das

die Energieunabhängigkeit Rumäniens gewährleisten würde. Die neuen Projekte, die diesen Fortschritt konsolidieren werden, stehen im Zusammenhang mit der Umsetzung der SMR-Technologie (kleiner modularer Reaktor), die sich auf die Technologie des amerikanischen Unternehmens NuScale stützt. So soll die Dekarbonisierung auf EU Ebene erreicht werden.

.) Termsache Brüssel Taxonomie Antwort aus Brüssel :

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/envi/home/highlights> -

Die Anhörung wird, wie jede öffentliche Ausschusssitzung des Europäischen Parlaments, über die Webseite europarl.europa.eu im Livestream gesendet und auch dort anschließend ins Videoarchiv eingestellt. Der Videolink für eine aktive Teilnahme wird nur den eingeladenen Gastsprechern der Anhörung sowie den Ausschussmitgliedern geschickt : - *siehe o.a. Link.*

.) Genug von der germanischen Linken - Deutsche Linke zeigten wenig Interesse an den Verhältnissen in der Ukraine - Jahrelang wollten deutsche Linke über die Ukraine oft nur hören, was ihre Positionen und Vorurteile bestätigte – auch die »Jungle World«. Disko Von [Kyylo Tkachenko](#)

Sieben Jahre ist es her, dass ich das [letzte Mal für die Jungle World](#) geschrieben habe. Da glaubte ich noch daran, die radikale Linke sei im Grunde progressiv, die linksdeutsche Reaktion auf die sogenannte Ukraine-Krise sei nur ein temporärer Irrtum und es lohne sich, die Linke in Deutschland über die Ukraine aufzuklären. Am Ende bin ich aber selbst teilweise zum Opfer der vom Kreml ausgehenden reflexive control geworden, mittels derer der Gegner bestimmt, worauf man reagiert – oder womit man sich beschäftigt.

Das meiste, was ich für die Jungle World geschrieben habe, war nämlich der ukrainischen Rechten gewidmet. Egal was ich schrieb, mit welchem nüchternen aufklärerischen Ansatz, ich gehörte somit zu denen, die über den »ukrainischen Faschismus« sprachen – und nicht etwa darüber, dass die von Russland vorgenommene gewaltsame Verschiebung der Staatsgrenzen den gefährlichsten Präzedenzfall in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs darstellte oder dass sich in Russland gerade eine wirkliche rechte Diktatur etablierte. Das lag aber nicht nur an mir, sondern es entsprach dem, was Linke in Deutschland besonders interessierte.

Nicht die Ukraine ist ein Land, in dem Rechtsextreme im Parlament sitzen, nicht in der Ukraine liegt die Stadt Hanau.

Die Jungle World ist keine Junge Welt, das erkennt man sogar aus der Ukraine. Aber

auch hier waren Sätze zu lesen, denen zufolge [»die Krim so russisch ist wie Niedersachsen deutsch«](#). Vor einem Jahr noch zitierte sie einen Vorzeigekrainer [in einem Text](#), in dem die drei besten Experten für die ukrainische extreme Rechte, Andreas Umland, Anton Schechowtsow und Vyacheslav Likhachev, als Verharmloser des Rechtsextremismus in der Ukraine verunglimpft wurden. Der Interviewpartner, Wolodymyr Ischtschenko, ist einer jener ukrainischen Linken, die in ihrer Heimat politisch fast keine Rolle spielen, jedoch von linken Medien weltweit, von Jacobin bis New Left Review, dankbar rezipiert werden, weil sie deren politische Positionen über die Nato und die Ursachen des Konflikts bestätigen. Noch wenige Wochen vor dem russischen Einmarsch konnte man in der Jungle World nachlesen, Russland handle [»aus einer strategischen Defensivstellung heraus«](#). Davon, wie »westliche Staaten den prowestlichen Umsturz 2014 in Kiew unterstützt hatten«, war die Rede in demselben Artikel.

Der schwachen, marginalen ukrainischen Linken hat die Zusammenarbeit mit der deutschen Linken eher geschadet. Der größte Geldgeber auf dem Markt ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Ergebnis: Kritik an der Partei »Die Linke« und an Sahra Wagenknecht hörte man nicht. Die Geldgeber aus Deutschland erwarteten stattdessen Kritik einer angeblichen Militarisierung der ukrainischen Gesellschaft, Klagen über den ach so schlimmen ukrainischen Nationalismus und eine in der Ukraine vorherrschende sogenannte Russophobie. Die »Ukraine sei nicht wichtig, sagten prominente linke Politiker, Russland dagegen brauchen wir sowohl »für den Weltfrieden« als Gegenpol zu den USA als auch für die Sicherung des deutschen Wohlstandes und der Arbeitsplätze« – so beschrieb der Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kiew, Ivo Georgiev, die strukturelle Ignoranz der Partei in einer vom Online-Parteimagazin Links bewegt veröffentlichten bitteren Kritik. Erschienen ist diese nach dem russischen Einmarsch.

Was mich persönlich betrifft, so bin ich längst nicht mehr bereit, die linken Herrschaften mit irgendwelchen Aufklärungsarbeiten zu bedienen. Ich glaube nämlich nicht, dass die radikale Linke zu retten oder dass sie einer Rettung überhaupt würdig ist. Der Bundestagsabgeordnete und Putin-Versteher Sören Pellmann soll jetzt, zumindest schlug das Sahra Wagenknecht vor, die Partei »Die Linke« mit anführen? Umso besser! Die Partei darf sich so schnell zerlegen wie nur möglich. Gerne könnt ihr mich überraschen und zeigen, dass ich falsch liege. Aber um eure Rettung müsst ihr euch selbst kümmern. Beinhaltet die radikale Linke etwas mehr als ein antiliberales Ressentiment? Kommt etwas wirtschaftlich und politisch Besseres, wenn ihr Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie abschafft? Tja, die Revolution scheint zwar nicht vor der Tür zu stehen, aber zumindest könntet ihr versuchen, einen Plan vorzustellen, wie eure »direkte Demokratie«, »richtiger Kommunismus« oder was auch immer, konkret funktionieren soll.

Und die Rechte? Wenn ich von Linksdeutschen nach Asow gefragt werde, dann habe

ich nur eines zu sagen: Der Dreck unter einem einzigen Fingernägel des allerletzten Asow-Kämpfers ist mehr wert als die germanische Linke in ihrer Gesamtheit. Nicht die Ukraine ist ein Land, in dem Rechtsextreme im Parlament sitzen, nicht in der Ukraine liegt die Stadt Hanau, nicht dort versuchte ein bewaffneter Faschist, in eine Synagoge einzudringen. Der NSU bestand nicht aus Ukrainern.

Die Ukraine ist dagegen ein für die gesamteuropäischen Verhältnisse eher untypisches Land, in dem Menschen »mit jüdischen Wurzeln«, wie man auf Deutsch so sagt, Präsident, Ministerpräsident und Verteidigungsminister werden konnten. Und das sind nur ein paar bekannte Beispiele aus der Politik – würden sich die Ukrainer für solche »Wurzeln« tatsächlich interessieren, hätte ich auf Anhieb bestimmt noch mehr nennen können.

Nicht, dass die ukrainische Rechte oder der Umgang mit der Vergangenheit in der Ukraine ganz unproblematisch wäre. Darüber schreibe ich sogar. Aber nicht speziell für deutsche Linke. Mit den deutschen Linken will ich nur über die deutschen Linken reden. Warum lasst ihr es zu, dass linke Politiker seit acht Jahren in eurem Namen Apologetik von Faschisten betreiben oder sie sogar unterstützen?« Wieso arbeitet ihr immer wieder mit Organisationen wie »Die Linke« oder der Roten Hilfe zusammen, die 2014 statt mit ukrainischen Linken mit der poststalinistischen Querfrontorganisation Borotba kooperierte, die zur Unterstützung der bewaffneten Separatisten im Donbass aufrief? Wie ist es möglich, dass ihr euch für »progressiv« haltet, aber einen an Rassismus grenzenden Chauvinismus an den Tag legt, sobald es um Osteuropa geht?

Meine linke Vergangenheit ereignete sich in München, der Stadt, in der linker Antisemitismus seine deutschlandweit blutigste Spur hinterlassen hat. Damals wusste ich aber nicht viel davon und war dumm genug, um mit der Roten Hilfe zusammenzuarbeiten und an den jährlichen Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Die Demonstration zog jedes Jahr durch die Reichenbachstraße, manchmal genau an dem Tag, an dem im Februar 1970 möglicherweise ein deutscher linker Terrorist sieben Überlebende des Holocaust in den Flammen sterben ließ. Der Anschlag auf das [Altenheim der Israelitischen Kulturgemeinde](#) ist bis heute unaufgeklärt, die Täter leben also womöglich noch. Sicher leben aber noch die Menschen, die dafür verantwortlich sind, dass sie nie zur Verantwortung gezogen wurden.

Im Februar 1970 gab es auch den Anschlag auf ein Flugzeug, das von Zürich nach Tel Aviv flog, 47 Todesopfer. Das Flugzeug stürzte über der Schweiz ab, die Bombe wurde aber in München installiert. Verantwortlich dafür sind zwar palästinensische Terroristen, die Logistik für das Terrorkommando haben jedoch wahrscheinlich Deutsche organisiert. Dasselbe gilt für das Olympia-Attentat zwei Jahre später. Einige der Hilswilligen von antisemitischen Mördern leben vermutlich noch. Vielleicht ziehen sie jedes Jahr mit euch durch die Reichenbachstraße – in der Gestalt von

betagten Friedenshippies.

Worauf ich hinauswill: Kümmert euch erst um euren eigenen Kram, bevor ihr den Zeigefinger erhebt, um aus eurem Munde die Sprüche hören zu lassen, die mit »aber die Ukraine« anfangen.

.) **Schwimmendes LNG-Terminal in Hamburg: Bedenken bei Behörde:**

<https://www.ndr.de/903/Bedenken-zu-schwimmendem-LNG-Terminal-im-Hafen.audio1135980.html> -

Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) wollen möglichst schnell ein schwimmendes Flüssiggasterminal im Hamburger Hafen, um unabhängig von russischen Gasimporten zu werden. Inzwischen zeichnen sich allerdings eine Reihe von Problemen ab.

Der Plan ist ehrgeizig: Innerhalb weniger Monate will die Bundesregierung russisches Gas fast vollständig ersetzen. Dazu hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mehrere schwimmende Flüssiggasterminals gechartert. Diese Plattformen wandeln Flüssiggas (LNG), das mit Tankschiffen ankommt, wieder in Gas um, damit es ins Netz eingespeist werden kann. Hamburg könnte das am schnellsten umsetzen, heißt es aus dem Rathaus und aus der Umweltbehörde.

AUDIO: Bedenken zu schwimmendem LNG-Terminal im Hafen (1 Min)

Würde die Plattform andere Hafengebiete blockieren?

In der Wirtschaftsbehörde gibt es nach Informationen von NDR 90,3 allerdings auch Bedenken - unter anderem, was den Sicherheitsradius um die schwimmende Plattform in Moorburg betrifft. Unklar ist offenbar, ob dann andere Schiffe dahinter liegende Hafengebiete überhaupt noch erreichen können. Offiziell heißt es aus der Wirtschaftsbehörde allerdings, man prüfe zusammen mit der Umweltbehörde.

Elblotsen fordern einheitliche Regelung für Gastransporte

Die Elblotsen fordern angesichts künftiger Gastransporte, dass der Verkehr auf dem Fluss einheitlich geregelt werden muss. Gastanker seien schließlich keine Spielzeugautos, die man hin- und herschiebe, so Lotsen-Ältermann Ben Lodemann.

.) **Widerstand in Russland** : <https://enough-is-enough14.org/2022/05/26/militante-gruppe-von-anarcho-kommunistinnen-sabotiert-eisenbahnstrecke-russland/#more-24600> - Ursprünglich veröffentlicht von [A2Day](#). Übersetzt von [Riot Turtle](#) mit Hilfe von Übersetzungstools. **Wir, die Militante Anarcho-Kommunistische Organisation**, haben eine Sabotageaktion auf der Eisenbahnstrecke bei den Koordinaten 56 16'44"N 38 12'40.5"E auf einer Nebenstrecke durchgeführt, die zu einer Militäreinrichtung der 12. Hauptdirektion des russischen Verteidigungsministeriums

führt. [Der gesamte Text unter dem o.g.Link!](#)

.) Vertrauliches Regierungspapier: So steht es wirklich um die Energieversorgung mit Öl, Gas und Kohle in Deutschland :

<https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/vertrauliches-regierungspapier-so-steht-es-wirklich-um-unsere-energieversorgung-mit-oel-gas-und-kohle-a/> -

- ▶ Der russischer Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt Deutschland, seine Abhängigkeit von Russland in der Energieversorgung zu reduzieren.
- ▶ Ein vertrauliches Regierungspapier, das Business Insider vorliegt, zeigt, wie es aktuell um die Energieversorgung der Bundesrepublik steht.
- ▶ Aus dem von der Bundesnetzagentur erarbeiteten Papier geht hervor: Ein Öl-Embargo gegen Russland wäre „mit entsprechender Vorlaufzeit“ verkraftbar – doch es gibt Lieferprobleme bei Kohle.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt Deutschland dazu, seine Energieversorgung neu zu organisieren. Das von Robert Habeck (Grüne) geführte Klima- und Wirtschaftsministerium bereitet ein Gesetz für den Fall vor, dass Russland Deutschland das Gas abdreht. Gleichzeitig sind die Energieversorger in Deutschland bemüht, neue Lieferverträge und -wege für Gas, Öl und Kohle zu organisieren. Business Insider liegt nun ein auf vergangenen Dienstag datierter Lagebericht der Bundesnetzagentur vor, der Auskunft über die aktuelle Energieversorgungslage in Deutschland gibt. Der Bericht ist als "Vertraulich – nicht für Presse- und Mediennutzung" gekennzeichnet. Das sind die wichtigsten Erkenntnisse:

Gas

"Aktuell zeichnet sich keine Beeinträchtigung der Gaslieferungen nach DEU ab", heißt es im Papier der Bundesregierung. Die Gasflüsse nach Deutschland seien stabil; die Gasspeicher – Stand Montag dieser Woche – mit 106,8 Terawattstunden Gas zu 45 Prozent gefüllt. Auch das von Russlands Präsident Wladimir Putin am 12. Mai verabschiedete Sanktionsdekret habe bislang "keine unmittelbaren negativen Auswirkungen" auf die Versorgungssicherheit in Deutschland gehabt. Das Bundeswirtschaftsministerium sei jedoch "weiterhin im engen Austausch mit den sanktionierten Unternehmen und beobachtet die weiteren Entwicklungen genau".

Öl

Auch bei den Öl-Lieferungen nach Deutschland gibt es laut dem Papier der Bundesnetzagentur aktuell keine Lieferprobleme. Die nationale Erdölreserve fasse aktuell rund 14 Millionen Tonnen Rohöl; außerdem würden insgesamt rund neun Millionen Tonnen Benzin, Diesel, Heizöl und Flugturbinenkraftstoff vorgehalten. Und weiter: "ein Ausfall aller Ölimporte könnte rechnerisch für drei Monate ausgeglichen werden." Die Mineralölwirtschaft habe im engen Austausch mit dem Klima- und Wirtschaftsministerium erste Schritte eingeleitet, um die Lieferbeziehungen mit

Russland insbesondere bei Rohöl spätestens zum Jahresende zu beenden beziehungsweise neue Lieferwege zu erschließen. Daher sei ein Öl-Embargo "mit entsprechender Vorlaufzeit" möglich.

Kohle

Bei der Steinkohle sieht die Bundesregierung größere Probleme bei der Versorgung als bei Gas und Öl. Die Liefersituation sei "angespannt", heißt es im Papier der Bundesnetzagentur. Nach Angaben der Betreiber sei aktuell noch ausreichend Kohle für die Kraftwerke vorhanden; die meisten Kraftwerksbetreiber gäben zudem an, ein Embargo gegen russische Kohle kompensieren zu können.

"Derzeit wird noch russische Kohle geliefert, die Branche ist aber zuversichtlich, dass der Umstellungsprozess bis Anfang August abgeschlossen wird", heißt es dazu im Lagebericht. Um die Kohle aus Russland zu ersetzen, käme grundsätzlich Kohle aus Südafrika und Kolumbien infrage. "Seit Ausbruch der Covid 19-Pandemie ist aber die Förderung in Kolumbien stark zurückgegangen", heißt es im Lagebericht. "Zudem wird die hochkalorische südafrikanische Kohle stark nachgefragt. Daher werden derzeit neue Mischungen getestet, insbesondere auch mit indonesischer Kohle." Probleme bereitet laut der Bundesnetzagentur bei der Kohle auch die Binnenlogistik in Deutschland. So sei durch die geringen Pegelstände des Rheins der Kohlenachschub für Kraftwerke in Baden-Württemberg eingeschränkt. Zudem gebe es durch Baustellen, Störfälle und Engpässe bei Fahrzeugen Verzögerungen und Engpässe im Schienengüterverkehr. Im Verkehrsministerium laufe aktuell ein Prozess, "um Schwierigkeiten beim Güterverkehr mit der DB zu adressieren". Das betreffe alle Güter, "Energietransporte wurden aber gesondert thematisiert".

.) **Marshall-Plan für Atomkraftwerke in Frankreich gefordert!** Von den 29 schon stillgelegten AKW wegen Wartung müssen jetzt 12 weitere AKW ungeplant vom Netz. Bald sind auch in Frankreich keine AKW am Netz. Vielleicht schafft Frankreich den ungeplanten Atomausstieg schneller als Deutschland den geplanten Atomausstieg zum 31.12.2022. Im heißen Sommer könnten weitere AKW in Frankreich ausfallen wegen Wassermangel in Flüssen. Die Netzkopfstellen der Stromleitungen nach Frankreich haben nur eine begrenzte Kapazität. Problem Russland. Aufträge für Russland fallen aus. Mycle Schneider sieht die Posten in den Auftragsbüchern schwinden. International sei Russland "der entscheidende, aggressivste Promoter" des Neubaus von Atomkraftwerken gewesen.

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/frankreich-atomindustrie-101.html>

Ausfall vieler Kraftwerke- Frankreichs Atomstrom-Pläne in Gefahr -Frankreichs Atom-Industrie schlittert einem Desaster entgegen

Frankreich ist weniger vom russischen Gas abhängig als Deutschland - dank der 56

Atomreaktoren. Weil aber mehr als die Hälfte davon still steht und Russland als Kunde wegbricht, steht Frankreichs Atomindustrie unter Druck.

Von Julia Borutta, ARD-Studio Paris

Eine "Renaissance der Atomenergie" hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron noch im Februar versprochen. Sechs neue Druckwasser-Reaktoren will er bauen lassen. Mehr Strom, mehr Unabhängigkeit, mehr Innovation - Macron setzt voll auf die Kernkraft-Karte, um Frankreichs Industrie nach vorne zu bringen.

Korrosion bringt die Pläne ins Stocken

Doch diese ambitionierten Pläne erfahren gerade einen empfindlichen Dämpfer: Von 56 Reaktoren stehen 29 still. Es gibt ein doppeltes Problem: Der Meilerpark des Staatskonzerns EDF ist in die Jahre gekommen. Viele Reaktoren sind wegen Regelwartungen abgeschaltet. Doch nun müssen ausgerechnet zwölf der jüngeren Baureihe zusätzlich vom Netz.

Der Grund ist ein Korrosionsproblem, mit dem niemand gerechnet hat. "Zum jetzigen Zeitpunkt erlauben die Kontrollen noch keine Aussage darüber, wie groß die Risse in den Kühlröhren sind. Dazu müssen die Reaktoren stillgelegt werden", sagt Bernard Doroszczuk, Berichterstatter der Nuklearen Sicherheitsbehörde.

Außer Windparks und Solaranlagen sollen in Frankreich bis zu 14 neue Atomkraftwerke entstehen.

Anteil des Atomstroms ungeplant auf Tiefpunkt

Statt rund 70 Prozent lieferten Frankreichs Atomkraftwerke im April nur 37 Prozent des Strombedarfs - so wenig wie noch nie! Europas größter Atomstromanbieter Electricité de France schätzt die Mindereinnahmen des Konzerns für das Jahr 2022 derzeit auf 18,5 Milliarden Euro. Schon jetzt ist absehbar, dass im Winter Strom-Engpässe drohen.

Doch eine schnelle Lösung der technischen Probleme ist nicht in Sicht. Denn es fehlt an Fachkräften. "Ganz grundsätzlich schätzt EDF, dass es bis 2026 einen sechsfach gesteigerten Bedarf an Fachpersonal geben wird. Vor allem was das Maschinelle angeht: also Pumpen, das Rohrnetz, und es fehlen Schweißer - das treibt alle um", sagt Jean-Luc Lachaume von der Sicherheitsbehörde. "Und in dieser Rechnung ist der angekündigte Neubau von Reaktoren noch gar nicht enthalten. Und auch nicht der Bedarf, der jetzt durch diese unvorhergesehenen Korrosionsprobleme entstanden ist.

"Statt Renaissance also erstmal Rénovation. Sicherheitsprüfer Doroszczuk fordert daher einen Marshall-Plan. "Industrie und Staat müssen sich da jetzt reinhängen", fordert er. "Sonst sind die angekündigten Ziele nicht haltbar. Und das wäre das allerschlimmste für die Glaubwürdigkeit des gesamten Industrie-Programms."

Russland war bisher wichtigster Kunde

Zu all diesen Problemen kommt jetzt auch noch der Krieg in der Ukraine. Russland war bis dato der wichtigste Kunde der französischen Atom-Branche. Mycle

Schneider, der Herausgeber des World Nuclear Industry Status Report, sieht die Posten in den Auftragsbüchern schwinden. International sei Russland "der entscheidende, aggressivste Promoter" des Neubaus von Atomkraftwerken gewesen. Und nun sei plötzlich dieser Engpass entstanden. "In Finnland ist bereits ein Projekt offiziell annulliert worden für ein russisches Atomkraftwerk - und für dieses AKW sollten aus Frankreich Turbinen geliefert werden", sagt Schneider. Eigentlich plante man im französischen Wirtschaftsministerium sogar, den russischen Konzern Rosatom mit 20 Prozent an dem heimischen Turbinenhersteller in Belfort zu beteiligen. Doch dieser Plan könnte nun auf Eis gelegt werden. Frankreich währte sich mit seiner Atom-Strategie im Aufwind. Doch die Pläne sind ins Trudeln geraten.

.) Kiwos Sozialpatrioten »Linke« Ukrainer trommeln in der BRD für Krieg gegen

Russland : <https://www.jungewelt.de/artikel/426965.ukraine-krieg-kiewsozialpatrioten.html> -

Publikationen wie die Analyse und Kritik (AK, früher Arbeiterkampf) oder die Jungle World bemühen sich seit Beginn des Ukraine-Krieges, ihrer Leserschaft Positionen einer Gruppe ukrainischer Autoren nahezubringen, die sich selbst als links definieren. Sie konzentrieren sich um die sozialwissenschaftliche Zeitschrift Commons, die nach eigenen Angaben seit 2009 herausgegeben wird und sich »egalitären und antikapitalistischen« Positionen sowie einer »materialistischen Denkweise« verpflichtet fühlt. Die Webseite existiert auf Ukrainisch und Englisch; der Link auf die russischsprachige Version ist leer. Einer der Autoren dieser Zeitschrift ist Taras Bilous. Schon in den ersten Tagen des Krieges veröffentlichte Jungle World einen Aufruf von ihm an die Linke im Ausland, sich auf die Seite der Ukraine zu stellen. Sie solle, so Bilous, ihr »Lagerdenken« überwinden, welches sich darin äußere, dass sie fälschlich den »Hauptfeind im eigenen Land« sehe und daher vor allem die USA kritisierten. »Ich bin kein Fan der NATO.

Ich weiß, dass der Block nach dem Ende des Kalten Krieges seine defensive Funktion verlor und aggressive Strategien verfolgte. Ich weiß, dass die Osterweiterung der NATO Versuche der nuklearen Abrüstung und der Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems unterminiert hat. (...) Aber wir können die Vergangenheit nicht zurückbringen, wir müssen uns an den derzeitigen Umständen orientieren, wenn wir einen Ausweg aus dieser Situation finden wollen.« Man kennt diese Argumentationsweise in Deutschland von allerhand Jusos und Regierungslinken: Man ist »kein Fan« der bestehenden Verhältnisse, aber sie bestünden nun einmal – und diktierten einem die Handlungsoptionen. Lassen wir beiseite, dass Bilous in dem Text damit kokettiert, er wolle sich gleich nach dem Abfassen dieses Manifests zur Territorialverteidigung melden. Es ist das alte August-Bebel-Argument, gegen Russland würde auch er noch »die Flinte auf den Buckel nehmen«. Auch der Fortgang der Argumentation von Bilous ist nicht neu: »Ich bin kein Fan des liberalen

Internationalismus. Sozialisten sollten ihn kritisieren. Aber das bedeutet nicht, dass wir die Aufteilung der Welt zwischen imperialistischen Staaten in »Interessenssphären« unterstützen sollten. Anstatt nach einer neuen Balance zwischen den zwei Imperialismen zu suchen, sollte die Linke für die Demokratisierung der internationalen Sicherheitsordnung kämpfen. (...) Wir brauchen eine linke Vision der Reform und der Demokratisierung der UN.« Das mindeste, was man Bilous an dieser Stelle vorwerfen kann, ist Selbstüberschätzung bis zur Lächerlichkeit. Die Reform der UNO ist eine Forderung, die bei Linken an der falschen Adresse ist. Denn die »Demokratisierung der internationalen Sicherheitsordnung« ist der sozialen Auseinandersetzung als eigentlichem Aktionsfeld von Linken zumindest unmittelbar völlig entzogen. Das machen Staaten unter sich aus, und wegen ihrer Konkurrenz untereinander wird da nie etwas draus, solange der Kapitalismus besteht. Also: Eine Forderung mit Langfristspektive auf einen Posten als Bauchredner und »Zuschussverzehrer«. Bilous schrieb weiter: »Ich habe versucht, mich für Dialog einzusetzen. Aber das ist jetzt alles in Rauch aufgegangen. Es wird keinen Kompromiss mehr geben. (...) Der Kampf wird solange weitergehen, bis Russland die Ukraine verlässt und für alle Opfer und alle Zerstörung bezahlt.« Es ist nicht weiter schlimm, dass die Commons-Gruppe sich nicht mehr positiv auf das sowjetische Modell und Russland als dessen Zentralgestirn orientiert. Das ist nach 30 Jahren ukrainischer Eigenstaatlichkeit in gewissem Maße eine Zwangsläufigkeit. Aber hier passiert mehr. Es wird gleich noch der Standpunkt des eigenen »Vaterlandes« eingenommen – nicht nur abstrakt. Wenige Wochen später gab derselbe Bilous der Monatszeitung AK ein Interview: »Aktuell sollten Linke sich dafür einsetzen, dass ihre Regierungen Druck auf Russland ausüben. (...) Wenn es um linke Parteien geht, denke ich auch, dass sie Schuldenstreichung für die Ukraine fordern sollten.« Damit die weiter Krieg führen kann, auch über die Grenzen der eigenen Zahlungsfähigkeit hinaus. Das ist schon längst geregelt. Und auch mit seinem Schlussappell rennt Bilous in den Kabinetten der Herrschenden offene Türen ein: »Ich persönlich bin auch dafür, dass die westlichen Länder mehr Waffen liefern, inklusive Kampfflugzeugen«. Auch eine Form von »Arbeiterkampf«.

.) Ex-US-Außenminister Kissinger: Ukraine soll Gebiete an Russland abgeben, um den Krieg zu stoppen : <https://www.welt.de/politik/ausland/article238970551/Henry-Kissinger-schlaegt-Gebietsabtretungen-an-Russland-vor-Ukraine-ist-empuert.html> -

Die Chancen für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts schwinden Tag für Tag, warnte Henry Kissinger die westliche Elite in Davos. Der Friedensnobelpreisträger hat laut der "Daily Mail" vorgeschlagen, dass die Ukraine Gebiete an Russland abgeben solle, um den Krieg zu stoppen.

Der ehemalige US-Außenminister und Politikwissenschaftler Henry Kissinger bei der Verleihung des Henry A. Kissinger-Preises am 21. Januar 2020 in Berlin (Archivbild)
Es gebe nur ein kleines Zeitfenster, um den bewaffneten Konflikt in der Ukraine zu beenden und eine Friedenslösung zu finden, sagte der ehemalige US-Außenminister und Politikwissenschaftler Henry Kissinger auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. In seiner Rede am Montag erklärte er:

"Die Friedensverhandlungen müssen in den nächsten zwei Monaten beginnen, bevor der Krieg zu Umbrüchen und Spannungen führt, die nicht leicht zu überwinden sind."

Der Ausgang des Konflikts werde die Beziehungen Europas zu Russland und der Ukraine gleichermaßen bestimmen, so der 98-Jährige. Dabei merkte der Diplomat an, dass die Trennungslinie im Idealfall die "Rückkehr zum Status quo ante" sein würde. Kissinger betonte:

"Würde der Krieg über diesen Punkt hinaus fortgesetzt, ginge es nicht mehr um die Freiheit der Ukraine, sondern um einen neuen Krieg gegen Russland selbst."

Der Ex-US-Außenminister erinnerte daran, dass er beim Ausbruch der Ukraine-Krise durch einen bewaffneten Staatsstreich in Kiew vor acht Jahren dafür eingetreten sei, dass die Ukraine ein neutraler Staat und eine "Brücke zwischen Russland und Europa und nicht eine Frontlinie von Gruppierungen innerhalb Europas" werden sollte.

Stattdessen habe Kiew die Mitgliedschaft in der NATO als strategisches Ziel verfolgt und damit den Weg für die aktuellen Feindseligkeiten geebnet. Die Gelegenheit, für die er damals geworben habe, bestehe heute nicht mehr, aber "sie könnte immer noch als Endziel angesehen werden", erklärte Kissinger. Er fügte hinzu:

"Ich hoffe, dass die Ukrainer dem Heldentum, das sie gezeigt haben, mit Weisheit begegnen werden."

Analyse: [Die Ukraine könnte der Ausgangspunkt für eine größere Krise werden](#) Seit mehr als vier Jahrhunderten sei Russland ein "wesentlicher Teil Europas", und die europäischen Staats- und Regierungschefs dürften die langfristigen Beziehungen mit dem Land nicht aus den Augen verlieren, da sie sonst riskierten, dass sich Russland endgültig von Europa abkehren und in ein dauerhaftes Bündnis mit China treten könnte.

Der erfahrene Politiker äußerte gegenüber der "Daily Mail" zudem seine Auffassung, dass der Westen nichts zu der Niederlage Russland beitragen solle. Er warnt vor weiteren Eingriffen des Westens in dem Ukraine-Krieg. Kissinger riet der Ukraine, mit den Verhandlungen zu beginnen, bevor es "zu Aufruhr und Spannungen kommt, die nicht leicht zu überkommen sind."

Der 98-Jährige sprach in Davos auch die sich zuspitzende Konfrontation zwischen Peking und Washington an. Die beiden Nationen sähen sich jetzt gegenseitig als den einzigen lebensfähigen strategischen Konkurrenten auf der Weltbühne, wobei ein Wettrüsten zwischen den beiden Ländern ein besonders beunruhigendes Szenario

für die ganze Welt darstelle, sagte er.

Das Jahrestreffen in Davos in dieser Woche war das jüngste internationale Forum, zu dem der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij eingeladen wurde. In seiner Rede vor seinen westlichen Verbündeten forderte er mehr Waffen für Kiew und mehr Sanktionen gegen Russland. Er warf Moskau auch erneut vor, an Friedensverhandlungen nicht interessiert zu sein.

Indessen hat Russland wiederholt erklärt, es sei die Ukraine, die die Friedensgespräche ins Stocken gebracht habe, nachdem Ende März in Istanbul einige Fortschritte erzielt worden waren. Am Montag hatte der stellvertretende Außenminister Andrei Rudenko diese Darstellung gegenüber Journalisten bekräftigt und die Bereitschaft Moskaus versichert, zu den Verhandlungen zurückzukehren, sobald die Ukraine "eine konstruktive Haltung zeigt und zumindest auf die Vorschläge reagiert, die wir ihr unterbreitet haben."

.) Stilllegung u. Abbau KKE Lingen - Öffentlichkeitsbeteiligung : Amtliche Bekanntmachung:

https://www.niedersachsen.de/download/182980/Nds_MBl_Nr_16_2022_vom_13.04.2022_S_57_1-599.pdf - Seite 11-12

Antragsunterlagen:

https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/atomaufsicht_strahlenschutz/kerntechnische_anlagen/kernkraftwerk_emsland/sachstandsinformation-kernkraftwerk-emsland-kke-184346.html à à à

.) Hintergrund zum so hochgelobten Aachener Karlspreis

(besser benannt als: "Rassismus- und Sachsen-Schlächter-Preis")

Kritik und Proteste: Grundsätzlich kritisiert wird die Berufung auf den Namensgeber Karl den Großen, der im Nachhinein unter anderem auch den Beinamen „Sachsenschlächter“ erhielt. Diese Bezeichnung hat wesentlichen Bezug zum Blutgericht von Verden, ein Massaker an 4500 heidnischen Sachsen während der Sachsenkriege, das in der Forschung sehr unterschiedlich bewertet wurde und wird. Der Begriff wurde Anfang des 20. Jahrhunderts auch von Vertretern der völkischen Bewegung benutzt, um die heidnischen Sachsen als letzte Bastion des germanischen Widerstands gegen die Unterwerfung unter das von Karl vertretene „welsche“ Christentum darzustellen. Bei ihrer Namenswahl bezogen sich die Gründer des Karlspreises auf die kulturelle Bedeutung Karls des Großen, mit dem der kulturelle Niedergang während der Wirren der Völkerwanderung beendet und umgekehrt wurde. Hier wirkt Karl der Große bis heute nach, indem er auf der Grundlage der lateinischen Sprache und Schriftkultur, der antiken Überlieferung und des Christentums eine kulturelle Überformung seines Machtbereiches herbeiführte,

welche die Entwicklung Europas zu einem bei allen regionalen Unterschieden vergleichsweise einheitlichen Kulturraum in die Wege geleitet hat, die bis heute Bestand hat und Europa von anderen Erdteilen unterscheidet.

Mit Bezug auf einen Bericht des US-Nachrichtendienstes Saul Kussiel Padover wurden sowohl in einer amerikanischen als auch einer britischen Pressemitteilung die Idee des Karlspreises wegen der Mitgliedschaft Pfeiffers in der NSDAP und fünf weiteren NS-Organisationen sowie den ebenfalls NS-belasteten Mitgliedern des ersten Karlspreisdirektoriums, Oberstadtdirektor und Bürgermeister Albert Servais und Hochschulprofessor Peter Mennicken, in Frage gestellt und dieser Preis zusätzlich auch als vermeintliche und nicht angebrachte „Mystifizierung“ Karls des Großen, seiner Politik und seines Reiches interpretiert. Beide Dokumente gehen auf die gleiche Quelle zurück, den britischen EU-Kritiker Rodney Atkinson, der auch die Website *Free Nations* betreibt. Gegen die in diesen Dokumenten aufgestellten Theorien sprechen die Biografien der Gründer des Karlspreises. Einige von ihnen waren erklärte Gegner der Nationalsozialisten, viele hatten während der nationalsozialistischen Herrschaft Probleme und Konflikte mit den damaligen Machthabern, wurden verfolgt und auch inhaftiert.

Kritik wurde wiederholt an der Vergabep Praxis des Direktoriums laut: Konservative Politiker würden deutlich stärker berücksichtigt. Der Name des sozialdemokratischen Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt sei für die damalige Mehrheit der Jury ein „rotes Tuch“ und nicht verhandelbar gewesen. Bemerkenswert ist auch, dass Brandts Nachfolger im Amt, der 2015 verstorbene Helmut Schmidt als Preisträger übergeben wurde. Dagegen erhielten – bis auf die kurzzeitig regierenden Kanzler Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger – alle christdemokratischen Bundeskanzler den Karlspreis (eingeschlossen die ehemalige Kanzlerin Merkel).

Den Preisträgern Tony Blair (1999), Bill Clinton (2000) und Javier Solana (2007) wurde vorgehalten, sie seien die Hauptverantwortlichen der Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Häufig wurden die Verleihungen von Demonstrationen begleitet. Auf Kritik – u. a. von linken Gruppen – stößt immer wieder die Auswahl der Preisträger, wie auch die Institution Karlspreis selbst. Unter den Ausgewählten befanden sich etwa 1984 das ehemalige NSDAP-Mitglied Bundespräsident Karl Carstens und 1987 der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, zu dessen Amtszeit sowohl die Ausweitung des Vietnamkrieges als auch der von US-Geheimdiensten unterstützte Putsch gegen die Regierung Chiles unter Salvador Allende durchgeführt wurden. Aus Protest gegen die Preisvergabe an Kissinger traten die Stadträte von SPD und Grünen aus dem Direktorium des Karlspreises aus.

Seit 1990 sind wieder Vertreter beider Fraktionen im Karlspreisdirektorium vertreten, nachdem der Name in *Internationaler Karlspreis zu Aachen* verändert

wurde und die Gründungsproklamation durch eine gemeinsame Erklärung des Rates der Stadt Aachen sowie der Karlspreisgesellschaft ergänzt worden war. In diese Erklärung fanden die seit 1989 veränderte politische Situation in Europa, die Rolle Europas im Nord-Süd-Gegensatz und das Thema Schutz der Umwelt Eingang. Besonders intensiv kritisiert ob der Diskrepanz zum Anspruch des Karlspreises, verdiente Europäer zu würdigen, wurde die Verleihung an Jean-Claude Juncker (2006) im Kontext der Luxemburg-Leaks sowie dessen langjährigen Protegé Martin Schulz (2015) im Zuge derer Aufarbeitung im EU-Parlament.

2012 traf die Verleihung an Wolfgang Schäuble auf Unverständnis; dieser hatte 2009 den Big Brother Award „gewonnen“ und wird unter anderem für seine militaristische Politik kritisiert – noch in den Jahren zuvor (1999, 2000, 2004, 2007, 2009) hatte sich das Direktorium der Karlspreisgesellschaft wiederholt in der Medailleninschrift auf den Frieden bezogen.

Im März 2018 kam Kritik an der Verleihung des Karlspreises 2018 an den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron auf. Frankreich ist mit Abstand größter Aktionär der Betreibergesellschaft Engie Electrabel und an den Kernkraftwerken Tihange sowie Doel in Belgien beteiligt.

Die Verleihung des Preises wegen des „Schutzes von Minderheiten“ an Klaus Johannis stieß im Frühjahr 2020 auf Kritik. Der rumänische Staatspräsident hetzte damals erneut offen gegen die ungarische Minderheit im Land und bezichtigte sie, durch nationalistische Verschwörungstheorien und ohne jegliche Belege, Siebenbürgen von Rumänien abspalten zu wollen. Er wurde daraufhin wegen Missachtung der Würde ethnischer Minderheiten zu einer Geldstrafe verurteilt.

Liste der Preisträger

Die Geschichte des Karlspreises spiegelt die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses seit Ende des Zweiten Weltkrieges wider. Die ersten Preisträger waren die „berühmtesten Namen des politischen Nachkriegs-Europas“, die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, es folgten die Hoffnungsträger der Erweiterungen nach Süden und Norden, die Verantwortlichen für die europäischen demokratischen Institutionen, die Akteure der Wende im Osten Europas und der Wiedervereinigung von Ost und West und Impulsgeber auf kultureller und sozialer Ebene. Obwohl die ursprüngliche Proklamation eine jährliche Verleihung vorsah, gibt es zehn Jahre, in denen keine Verleihung stattfand.

PS.: Den drei Frauen aus Belarus (<https://www.zeit.de/news/2022-05/18/karlspreis-fuer-drei-frauen-aus-belarus-und-kundgebung>), denen aktuell der Karlspreis in Aachen verliehen wurde sind zu bedauern – sie wissen offensichtlich nichts von dem faschistischen Hintergrund dieses Preises.

.) Das größere Bild, „Trotz Fehler ist Scholz' Kurs im Ukrainekrieg richtig. Wichtiger als Waffenlieferungen ist, zu verhindern, dass sich ein antiwestlicher Block bildet:

<https://taz.de/Scholz-in-Davos/!5853859/> - Trotz Fehler ist Scholz' Kurs im Ukrainekrieg richtig. Wichtiger als Waffenlieferungen ist, zu verhindern, dass sich ein antiwestlicher Block bildet. Im Donbass starten die russischen Invasionstruppen eine Großoffensive. Polen kritisiert Berlin mal wieder dafür, dass es zu wenig moderne Waffen lockermacht. Olaf Scholz skizziert währenddessen beim Weltwirtschaftsforum in Davos in kühnen Strichen die neue multipolare Weltordnung. Diese drei Nachrichten zusammen suggerieren, dass der Kanzler wieder alles falsch macht und auf der internationalen Bühne sucht, was ihm zu Hause fehlt: Zuspruch.

.) Jüdische Solidarität für die Ukraine: Im Grunde Überlebensmusik, „Ein Sampler mit Songs von jüdischen Künstler:Innen aus aller Welt zeigt sich solidarisch mit der Ukraine: „Rusische krigshif, shif zikh in dr'erd“:

<https://taz.de/Juedische-Solidaritaet-fuer-die-Ukraine/!5857052/> -

Mark Kohnatskiy beschreibt mit seiner Geige die Landschaft der Westukraine -

Auch Kunst hilft der Ukraine dabei, den Krieg zu gewinnen. Davon überzeugt sind Kiewer KünstlerInnen, die das Projekt „Artdopomoga“ (deutsch: Kunst hilft) ins Leben gerufen haben. Auf ihrer Webseite lässt sich Kunst erwerben, die seit Beginn des Krieges von Russland gegen die Ukraine entsteht, und unterstützt damit direkt das Land bei seiner Verteidigung gegen den russischen Aggressor.

Kulturwissenschaftlerin Victoria Zubenko hatte die Idee, einen Seidenschal entwerfen zu lassen, dessen Muster sich an Mosaiken anlehnt, die in den 1960er Jahren von ukrainischen Künstler:Innen für Bushaltestellen entworfen wurden. Hauptsächlich werden Sticker angeboten. Darunter ist einer mit einem blauen Stinkefinger, der gleichzeitig als Leuchtturm gelbes Licht aussendet. Darüber schwebt die unmissverständliche Parole: „Russian warship, go fuck yourself!“

Artdopomoga vertreibt auch Musik. Der Sampler „Artdopomoga Ukraine“ enthält Musik, die nach dem 24. Februar produziert worden ist. So zeugt das Lied „Teroborona“ (Zivilverteidigung) der US-ukrainischen Folkband [Gogol Bordello](#) von den ersten Kriegstagen.

.) Russlands Krieg gegen die Ukraine: Neue Soldaten für Putin, „Mit einer Gesetzesänderung können auch 65-Jährige als Soldaten gegen die Ukraine ins Feld ziehen. So treibt Moskau eine verdeckte Mobilisierung voran:

https://www.spiegel.de/thema/ukraine_konflikt/ - Russland kann nach einer Gesetzesänderung mehr Soldaten für die Front in der Ukraine rekrutieren. In der Staatsduma in Moskau stimmten am Mittwoch die Parlamentarier einem Antrag zu, nach dem die Altersgrenze für Vertragssoldaten angehoben werden soll. Demnach können nun „alle Bürger arbeitsfähigen Alters“ – das heißt bis 65 Jahre – auf

Vertragsbasis in der russischen Armee dienen. „Wir müssen die Sicherheit unseres Landes schützen, wir müssen schnell handeln“, sagte Andrei Krassow, ein Abgeordneter der russischen Regierungspartei Einiges Russland vor der Abstimmung.

Auf diese Weise kann die russische Staatsmacht trotz der massiven Verluste, von denen die Führung in Moskau nicht spricht, den „Plan“ erfüllen, den der russische Präsident Wladimir Putin aufgestellt hat, ohne diesen je genau zu definieren. Keiner der 417 anwesenden Abgeordneten enthält sich bei der Abstimmung, niemand ist dagegen. „In Zeiten des Krieges müssen wir komplexe Entscheidungen treffen“, sagt Nikolai Kolomeizew, ein Kommunist. Er benutzt das Wort Krieg, auch wenn dieser in Russland offiziell „militärische Spezialoperation“ genannt werden muss. Er spricht auch von „besetzten Territorien“, um sich sogleich selbst zu korrigieren: „Ach ja, befreie.“ Ein Abgeordneter will die 18-Jährigen davor schützen, zu „Kanonenfutter zu werden, weil sie so jung und unerfahren sind“, wie er sagt. Ein anderer nennt alle über 40-Jährigen „unbrauchbar für den Dienst an der Waffe“. Nach knapp 20 Minuten ist das Gesetz in allen drei Lesungen beschlossen. Zuvor lag die Obergrenze für Rekruten bei 40 Jahren für russische Staatsbürger und bei 30 Jahren für ausländische. In der Begründung für die Änderung hatte es geheißen, für den Einsatz von hoch präzisen Waffen sowie den Betrieb von Waffen und militärischer Ausrüstung würden hoch professionelle Spezialisten benötigt, und „erfahrungsgemäß“ bestünde diese Spezialisierung erst im Alter von 40 bis 45 Jahren. Vor allem in der medizinischen Versorgung, aber auch für die Instandsetzung der Technik sowie für die Aufklärung brauche es diese Änderung, sagte Andrei Krassow, der Mitinitiator des veränderten Gesetzes.

Die Neuerung ist Teil der verdeckten Mobilmachung in Russland. Da die Führung – so sagen es Beobachter*innen im Land – aus Sorge über fallende Zustimmungswerte für die „Spezialoperation“ und damit auch für den Präsidenten keine Generalmobilmachung ausruft, aber dennoch [Nachschub an militärischem Personal braucht](#), setzt sie auf geschickte Mobilisierung mit anderen Mitteln. Das veränderte Gesetz erlaubt es zum einen, dass die bereits als Freiwillige in der Ukraine Kämpfenden legalisiert werden, zum anderen können dadurch mehr Menschen rekrutiert werden.

.) Friedensbewegung in Deutschland:

<https://taz.de/Friedensbewegung-in-Deutschland/!5853568/>

Wachsam

gegenüber Imperialismen, „Pazifist*innen geraten zunehmend in die Defensive. Dabei wird gern vergessen, dass ihre Kontakte zu Gorbatschow mit zur Abrüstung führen.

Bürger*innen, die vor der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine warnen, machen sich derzeit verdächtig, auf Putins atomare Drohungen hereinzufallen. Ebenso hängt Ostermarschierer*innen der Ruf nach, „Putins fünfte Kolonne“ (so Graf Lambsdorff) zu sein, obwohl manche von ihnen eine angemessene militärische Verteidigung der Ukraine durchaus befürworten.

Vor 42 Jahren, als 4 Millionen den [Krefelder Appell](#) zur Rücknahme des Nato-Doppelbeschlusses unterzeichneten, wurde ihnen vorgeworfen, das parallel zur Stationierung amerikanischer Pershing-II und Cruise Missiles an die UdSSR gerichtete Verhandlungsangebot zum Abbau russischer SS20-Mittelstreckenraketen zu ignorieren. Die damit verbundene Doppelstrategie habe Gorbatschow veranlasst, dem Westen weitreichende atomare Abrüstungsangebote zu machen.

Übersehen wird dabei, dass dafür ebenso die damaligen Kontakte der Friedensbewegung zu Gorbatschow ausschlaggebend waren. Und nicht nur das: Es bestand durchaus Atomkriegsgefahr. Darüber hinaus hatte sich ein beachtlicher Teil der Friedensbewegung dem Aufruf „Für ein atomwaffenfreies Europa“ angeschlossen, der von der britischen [Russell Peace Foundation](#) ausging und eine eigene Doppelstrategie vorsah:

Von beiden Großmächten wurde verlangt, alle Atomwaffen von europäischem Territorium abzuziehen und insbesondere von der Sowjetunion, die Produktion ihrer SS-20-Mittelstreckenraketen zu beenden. Zugleich distanzierte man sich von allen einseitigen Schuldzuweisungen sowie jeglicher Instrumentalisierung: „Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren.“

Hätte sich die Friedensbewegung an solche Vorsätze gehalten, so stünde sie jetzt anders da: Sie wäre wohl sogar imstande gewesen, frühzeitig auf Putins imperiale Bestrebungen hinzuweisen. Weiterführend bedeutet dies: erhöhte Wachsamkeit gegenüber allen Imperialismen und ihren Schubkräften hin zu einer atomaren Apokalypse!

.) Klimawandel: EU - Showdown in Sachen Atomkraft : <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.klimawandel-showdown-in-sachen-atomkraft.56af7a80-a87c-41c3-a75f-d72fddb894da.html> - Der Widerstand im EU-Parlament wächst, quer durch alle EU Fraktionen. Es müssen aber 353 Stimmen gegen die Taxonomie stimmen. Frankreich als Atommacht ist dafür. Aber auch Polen und weitere östliche EU-Staaten wollen neue Atomkraftwerke bauen, um ihre stark von Kohle abhängigen Volkswirtschaften nachhaltiger zu gestalten.

Die Unterstützung für Gas als sichere Energiequelle hat sich inzwischen weitgehende erledigt. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat Russland hier allerdings neue Fakten geschaffen und die Abkehr vom Gas beschleunigt.

Geplant ist, dass in den kommenden Tagen im Umweltausschuss* und dann **Anfang**

Juli im gesamten Parlament abgestimmt wird. Michael Bloss befindet sich seit Monaten auf der eifrigen Suche, um die notwendigen 353 Stimmen für die erhoffte Ablehnung zusammenzusammeln.

.) Putin'sche Zwangsbeglückung : <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine/!5855554/>

-Mit Gewalt versucht Moskau, der Ukraine den Weg zur Demokratie zu verbauen. In den eroberten Gebieten finden Umerziehungsprogramme statt.

.) Russische Großoffensive im Donbass: <https://taz.de/Russische-Grossoffensive-im-Donbass/!5855491/> - Stehen russische Truppen vor einem ersten wichtigen

Durchbruch im Donbass? Prorussische Separatisten wollen eigenen Angaben zufolge die ostukrainische Stadt Lyman erobert haben. Der wichtige Eisenbahnknotenpunkt nordöstlich der Städte Slowjansk und Kramatorsk sei in ihrer Hand, teilten die Separatisten der sogenannten Volksrepublik Donezk am Freitag mit. Ukrainische Truppen stehen seit Tagen in der Ostukraine unter massiven Angriffen russischer Truppen und den mit diesen verbündeten Separatisten.

Oleksi Arestowitsch, ein Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski, sprach davon, dass die Schlacht an dem Eisenbahnknotenpunkt zeige, dass Moskau seine Taktik verbessert habe. „Unbestätigten Angaben zufolge haben wir die Stadt Lyman verloren. Die russische Armee – das muss verifiziert werden – hat sie erobert“, sagte er.

Auch [die Stadt Sewerodonezk](#) im Gebiet Luhansk, das mittlerweile zu über 90 Prozent unter Kontrolle russischer Truppen stehen soll, war am Freitag wieder Ziel massiver Angriffe. Angaben des Gouverneurs von Luhansk, Serhi Haidai zufolge, seien vier Menschen getötet worden. Mittlerweile sei die Stadt zu zwei Dritteln von russischen Truppen eingeschlossen. Wohngebiete stünden unter Dauerbeschuss. Seit Beginn des Kriegs seien insgesamt 90 Prozent der Wohnhäuser zerstört worden 60 Prozent müssten vollständig neu errichtet werden. Sewerodonezk ist das einzige Gebiet in der Region Luhansk, das die ukrainische Regierung derzeit noch kontrolliert. Russische Truppen versuchen, die Stadt vom Rest des von der Ukraine dominierten Territoriums abzuschneiden.

.) Weniger Windkraft? Verteidigungsministerium bremst Ausbau :

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/pdf-1442.pdf> -

Der Ausbau der Windenergie gehört zu den ehrgeizigsten Zielen der deutschen Bundesregierung. Und dafür braucht es vor allem eins – Flächen. Mehr als doppelt

so viel wie bisher sind nötig, wenn die selbstgesteckten Klimaziele wenigstens noch annähernd erreicht werden sollen. Dass dieses Ziel jetzt ausgerechnet vom Verteidigungsministerium dieser Bundesregierung torpediert wird, fällt schwer zu glauben. Aber genau das geschieht gerade – und dabei geht es um keine Kleinigkeit, sondern bis zu 40 % der gesamten Fläche dieses Landes. Überall dort könnte es künftig schwer werden, neue Windräder aufzubauen, weil es dort angeblich um ein wichtigeres Ziel geht – nämlich die Landesverteidigung. Lutz Polanz."

.) Frankreich: Widerstand gegen Atomtransporte formiert sich im Ornain-Tal :

<https://rdl.de/beitrag/frankreich-widerstand-gegen-atomtransporte-formiert-sich-im-ornain-tal>

- Im ostfranzösischen Ornain-Tal formiert sich weiterer Widerstand gegen das geplante nukleare Endlager und Atommülltransporte. Am Wochenende protestierte die neu-gegründete Bürgerinitiative 'Comité de Protection du Val de l'Ornain' mit einem Schienenspaziergang in 'Ligny-en-Barrois'. Durch die Strahlenfracht entstünden erhebliche Gefahren für Mensch und Umwelt, hieß es auf der Demonstration.

Zahlreiche Wohnhäuser befinden sich unmittelbar neben der zu sanierenden Zugtrasse am Rhein-Marne-Kanal. Die Endlageragentur 'ANDRA' schafft laut Bürgerinitiativen Fakten, indem Sie Infrastrukturen errichtet, ohne eine Genehmigung für das Endlager vorweisen zu können. Bis Ende des Jahres muss der Staat die Erklärung öffentlicher 'Nützlichkeit' des Endlagers 'CIGEO' verkünden. Damit stünden Landenteignungen an und der Weg wäre frei, für den ordentlichen Bauantrag des größten mitteleuropäischen Industrieprojektes. Die Inbetriebnahme ist für 2035 anvisiert. Danach sollen für hundert Jahre zwei Castortransporte wöchentlich durchgeführt werden.